

Die Gewerkschaft

Zeitschrift zur Vertretung der wirtschaftlichen und sozialen Interessen der in
Gemeinde- und Staatsbetrieben beschäftigten Arbeiter und Unter-Angestellten
Organ des Verbandes der Gemeinde- und Staatsarbeiter

Redaktion und Expedition: Berlin W. 57
Winterfeldtstr. 24 (Redakteur: Emil Dittmer)
Fernsprecher: Paul Cichom Nr. 2746

Staats- und Gemeindebetriebe: Erscheint wöchentlich freitags • Bezugspreis
sollen Außerbetriebliche sein! • vierteljährlich durch die Post (ohne Postgebühren) 3 Mk.
(nebst 14 tägiger Beilage: „Die Sanitätskarte“)

Unser Verbandstag in Nürnberg.

Nürnberg, 8. September 1919.

Welch ein ander Bild bietet unser 8. Verbandstag gegenüber allen früheren! Während von Mainz (1906) über Dresden (1909), München (1912) und Hamburg (1914) die Frage der Vorstandsbesehung sowie des Verhältnisses zu den übrigen Verbänden und der Generalkommission die beiden immer wiederkehrenden Pole der Debatten bildeten, ist diesmal der parteipolitische Streit der Untergrund, auf dem sich alle Auseinandersetzungen beziehen.

Die Anerkennung unserer Organisationsform ist jaft in Nürnberg auf dem Gewerkschaftskongress vor wenigen Wochen erfolgt, und wenn auch der Grenzstreit damit nicht endgültig erledigt sein mag, er wird sich immerhin in erträglicheren Formen abspielen.

Die „Personenfrage“ greift vom Hamburger Verbandstag noch infolgedessen als der Austritt des früheren 2. Vorsitzenden L. Bogdanowski aus dem Verbandsvorstand und mehr noch seine Gründung einer Sonderorganisation eine ziemlich Rolle spielte. Ohne Zweifel zum Schaden der Opposition sind diese Vorgänge — wie auch die Auseinandersetzungen mit Prenzlau — auf dem Verbandstag wieder stark in den Vordergrund getreten.

Zunächst aber läßt sich von den drei ersten Tagen feststellen, daß die Debatten gründlich und sachlich geführt wurden und eine „Richtung“ der andern nichts geblieben hat. Es handelt sich um die Methoden, wie man am besten und schärfsten den Kapitalismus bekämpft und den Sozialismus durchführt. Und da muß das Resultat gleich vorweg genommen werden, es war, wie bisher in all den anderen Gewerkschaften: Mit Zweidrittel-Mehrheit ist die „Kriegspolitik“ unseres Verbandsvorstandes wie auch die Haltung der „Gewerkschaft“ gutgeheißen worden. . . .

Noch wir wollen eine kleine Uebersicht geben und da erwähnen wir zunächst den schönen Empfangsabend, den unsere Nürnberger Zentrale im Herkules-Belodrom veranstaltet hatte und an dem wohl gegen 1000 Personen teilnahmen. Solke und Sedemann begrüßten die in- wie ausländischen Gäste, ein gediegenes Konzertprogramm verschönte die Feier.

Am 1. September, morgens 9½ Uhr, begann die Eröffnung mit einer kurzen Ansprache Sedemanns, der die Begrüßungsreden der ausländischen Bruderorganisationen folgte. Für die Holländer sprach van Sinte, für die Norweger Boland, während Schweden und Schweiz wohl zugegen hatten, aber am Erscheinen verhindert sind. Von den Nürnberger Gewerkschaften begrüßt Pfeiffer die Delegierten, namens der Gemeinde Stadtrat Bedb.

Die Konstituierung bringt die erste Kraftprobe. Es werden mit großer Mehrheit gewählt zu Vorsitzenden Sedemann und Ehret, Schriftführer Charlou-Berlin, Sohn-Hamburg, Forster-München, Hoffmann-Köln. Die weiteren Kommissionen sind im ausführlichen Bericht (weiter hinten) nachzulesen. Die Tagesordnung wird noch ergänzt mit einem Referat über das Betriebsräte-Gesetz. In längerer Geschäftsordnungsdebatte verlangt die Opposition als Korreferenten zum Punkt 5 „Sozialisierungsbestrebungen“ den Gen. Koenen. Dies wird abgelehnt, um den parteipolitischen Streit nicht noch von außen her zu verärfen. Es wird dann dem Vorschlag der Opposition zugestimmt, den Stellgen Aubert-Berlin mit dem Korreferat zu betrauen.

Endlich kann Sedemann mit dem Geschäftsbericht beginnen, der sich diesmal auf reichlich 5 Jahre erstreckt. Die Augusttage 1914 werden wieder in Erinnerung gebracht. Beschlüsse über die Haltung der Fraktion und der Gewerkschaftsvorstände an den entscheidenden Tagen werden zitiert. Es folgt die glänzende Entwicklung unserer Organisation seit der Revolution. Dazwischen wird der Fall Bogdanowski dargestellt und weiter die schwere Arbeit unserer Anwälte anlässlich unserer Stellung im Allgemeinen Gewerkschaftsbund wie auch die gesamte Kriegspolitik wird, eindringlich und mit interessantem Material belegt, vorgetragen. Kollege Sedemann endet unter lebhaftem Beifall.

Ueber die Kriegsmassnahmen spricht alsdann Wulky. Er hat in der Zeit, da Sedemann und Maroke eingezogen waren, hauptsächlich diese Arbeiten erledigen müssen. Wir empfehlen eindringliches Studium seiner Ausführungen.

Maroke berichtet über die Krankenpflegersektion. Wir geben in der „Sanitätskarte“ den ausführlichen Bericht.

Es folgt der Massenbericht Ahmanns. Eine Fülle von Zahlenmaterial wird den Delegierten sozugen an den Kopf geschleudert. Es geht in Mitteilungen und Einnahmen schnell aufwärts, aber auch die Ausgaben steigen andauernd.

Nun folgt der Redaktionsbericht, der diesmal begreiflicherweise weitans im Vordergrund des Interesses steht. Kollege Dittmer schildert Entwicklung, Aufgaben und Leistung unserer Presse. Er geht zum Teil auf wichtige Artikel und Aufsätze der Jahrgänge 1914/19 ein, um so den Beweis zu erbringen, daß in der jetzigen Situation die „Gewerkschaft“ alles getan hat, um den Frieden herbeizuführen zu helfen und die Einigkeit der Arbeiter zu erhalten. Stets sei im Sinne sozialistischer Erziehungsarbeit gewirkt worden. Beschwerden oder Einsendungen prinzipiell abzuweisen, der Art seien während der ganzen Kriegszeit nicht einzuweisen. Die „Sanitätskarte“ soll als Anhang weiter ausgeben werden und eventuell ab 1. Januar 1920 selbstständig erscheinen.

Dittmer schließt mit eindringlichen Mahnungen zur Einigkeit. Die Rede wird unter gespannter Aufmerksamkeit der Delegierten nur selten von Zwischenrufen unterbrochen und mit lebhaftem Beifall quittiert.

Gewissermaßen als Gegendemonstration dieses Einigungsgedankens fordert dann Lenz-Berlin alle Kollegen, die auf „revolutionärem Standpunkt“ stehen, zu einer Sonderkonferenz auf, was allgemeinen Unwillen auslöst. . .

Auch der 2. Tag beginnt mit einem unerfreulichen Intermezzo über die Geschäftsführung. Alsdann berichtet Pöflich-Berlin namens der Revisoren und Schmoll-Stuttgart namens des Ausschusses.

Die Debatte setzt mit Prenzlau-Berlin als erster Oppositionsredner ein. Er greift sowohl den Vorstand als auch die Haltung der „Gewerkschaft“ in heftiger Weise an. Ihm folgt Lagodzinski, der die Vorgänge seit Hamburg sowie die Gründe seiner Abspaltung in Berlin zu verteidigen sucht. Auch die beiden nächsten Redner, Lenz-Berlin und Saffel-Leipzig, gehören der Opposition an. Dann folgt als erster Anhänger der Vorstandsauffassung Nowikoff-Thorn, hierauf wieder zwei Oppositionelle: Wienicke-Berlin und Kallweit-Leipzig. Weiter Heider-Dresden, der sich mit dem Geschäftsbericht im Sinne des Vorstandes beschäftigt. Ihm folgt als 7. Oppositionsredner Zimmermann-Königsberg, der zwar die lokale Haltung der „Gewerkschaft“ während der Kriegszeit anerkennt, aber die Kriegsberichte nicht möchte.

Dann aber holt Müntner in großer Rede zu mächtigem Schlag aus und schildert die Abspaltung durch Kollegen Lagodzinski unter andauerndem Beifall und Heiterkeit der großen Mehrheit des Verbandstages. Wir bitten, diese Ausführungen nachzulesen. Auch der nächste Redner, Paul Schulz-Berlin, fesselt mit reichem und beweiskräftigem Material die Delegierten in hohem Maße.

Nachdem dann noch Kollegin Friedrich eingehend die Verhältnisse des Pfliegerpersonals geschildert (ausführlicher Bericht in der „Sanitätswarte“), ist das starke Interesse erschöpft. Es sprechen noch Nöthling-Dortmund, Gehner-Berlin und Stetter-Stuttgart. Dann endlich wird am Abend und Morgen der dritte Tag. Er begann mit einer eindrucksvollen Verteidigung der gewerkschaftlichen Kriegspolitik durch den Vertreter des Allgemeinen Gewerkschaftsbundes, Genossen Umhreit. Er schenkte trotz lärmender Zwischenrufe der Opposition nichts. Mit den zahlreichen bekannten Zitaten aus dem radikalen „Vorwärts“ von ehedem und der „Leipziger Volkszeitung“ fiel der Beweis nicht schwer, daß damals eben eine andere Zeit war und man sich in recht radikaler Gesellschaft befand mit feiner Auffassung.

Es sprach noch der Oppositionsredner Großkopf-Göttingen, der aber das Kapitel nicht retten konnte. Dann folgte Schluß der Debatte und eine Fülle „persönlicher Erklärungen“ mit z. T. sachlichen „Richtigstellungen“.

Doch auch das geht einmal vorüber. Nun folgen die Schlussworte. Marole beginnt damit. Er stellt erneut fest, daß der Ausbau der Pfliegersektion im Gange ist und schildert den Fall Lagodzinski. Dittmer ergänzt Umbrechts Ausführungen und widerlegt die Auffassung Prenzlows unter Beibringung einzelner Gegenzitate, die letzterer entweder falsch verstanden oder falsch interpretiert hat. Er fordert und sagt zu für die Redaktion: Toleranz und Weiterarbeit zum gemeinschaftlichen Ziel, dem Sozialismus.

Eine böse Abrechnung hält Wuyky mit der „neuen Gewerkschaftstaktik“ Prenzlows, die dieser in Neuföln praktiziert habe.

Als letzter Schlußredner sagt Sedmann noch einmal alle die Gründe zusammen, die es notwendig machten, unsere Gewerkschaftstaktik so und nicht anders zu gestalten. Unter lebhaftem Beifall tritt er am Schluß erneut für unsere Einigkeit ein unter Fernhaltung jeglichen Parteistritts aus den Gewerkschaften.

Schon vorher hatte Kollege Ehlich namens der Berliner Delegierten zum Fall Lagodzinski erklärt:

„Das Verhalten L. im Verbandsvorstand überlassen die Berliner Delegierten dem Verbandstag, die Abspaltung L. in Berlin verurteilen sie einmütig aufs schärfste.“

Damit dürfte auch dieser Fall endgültig erledigt sein.

Eine Resolution Hertel-Berlin wandte sich zunächst gegen die Gewerkschaftsinstanzen sowie gegen die Schreibweise der „Gewerkschaft“ während des Krieges und gegen unseren Verbandsvorstand, weil er diese Schreibweise gebilligt. Es wird Arbeit im revolutionären Sinne gefordert.

Diese Resolution wurde später im 1. Teil dahin abgeändert, daß an Stelle der „Gewerkschaftsinstanzen“ die „Generalkommission“ genannt wird.

Die namentliche Abstimmung ergibt 56 Stimmen dafür, 98 dagegen. Dabei wäre bei getrennter Abstimmung gegen den 2. Satz eine noch erheblich größere Mehrheit zustande gekommen. Der Unwille richtet sich vorwiegend gegen die Generalkommission. . .

Von den drei ersten Verbandstagen löst sich heute zusammenfassend sagen: Wenn auch die Meinungsverchiedenheiten zeitweilig etwas hart auseinanderplakten, die Diskussion war doch getragen von dem brüderlichen Geist der Verständigung und des festesten Willens zur Beibehaltung der wirtschaftlichen Einheitsorganisation.

Allzuichlim sind die Lehren, die von der parteipolitischen Zerrissenheit ausgehen. Sie bilden eine Warnung, die alle unsere Kollegen beherzigen sollen. Mögen Wege und Taktik der Gewerkschaften heiß umstritten sein, wenn es gilt, sehen wir alle zusammen in unserem Verbands, der mit seiner Viertelmillion Mitglieder unmöglich auf eine einzige Parteimeinung eingeschworen sein kann. Duldsamkeit gegenüber dem Andersgläubigen muß in jeder Beziehung bei uns gelten und der Nürnberger Verbandstag wird hoffentlich an den drei weiteren Tagen das gleiche Bild kollektiver (wenn auch manchmal etwas unianter) Auseinandersetzungen bieten, das uns im endgültigen Beschluß zu einem in einem Bandeln zwingt!

Nürnberg, 6. September 1919.

Telegramm für die „Gewerkschaft“. Nach Referat Sedmanns über „Tarifverträge“ und kurzer sachlicher Diskussion wird Resolution für Herbeiführung einheitlicher Tarifverträge mit großer Mehrheit angenommen.

Dem Referat Dittmers über „Sozialisierung in Staat und Gemeinde“ folgt Weigls Darlegung über „Das neue Betriebsrätegesetz“.

Trotzdem Korreferat Auberts von Opposition zurückgezogen, entfeckelt sich ausgiebig, interessante Debatte über Räteismus und Sozialisierung, die mit Annahme Resolution Kroll-Jens mit 76 gegen 56 Stimmen abschließt.

Statutenberatung ergibt Annahme der Vorstandsvorlage mit kleinen Abweichungen. Beiträge 45—90 Pf., Unterstüngen 4,50—9 Mk. (4—8 Wochen). Filialanteil verbleibt 25 Proz., eher Zuschuß für Ortsbeamte (erster 2000, jeder folgende 1000 Mk. pro Jahr).

Unsere internationale Verbindung soll wieder angeknüpft werden.

Vorschlag der Statutenberatungskommission, unbefohlene Vorstande und Ausschußmitglieder auf Verbandstag zu wählen, wird nach heftigen Debatten nicht zur Abstimmung gebracht, sondern Vermittlungsvorschlag, Vorstandesbeisitzer und Ausschuß durch Verhältniswahlstimmen mittels Wahlkommision zu wählen.

Wahl des 1. Vorsitzenden erfolgt mittels Stimmzettels. Gewählt wird Sedmann mit 113 Stimmen. Von Opposition werden 29 weiße Stimmzettel abgegeben. Wahl des Kassierers und Rebalteurs erfolgt per Akklamation, Wuyky wird einstimmig, Dittmer gegen 15 Stimmen gewählt. Zum 2. Vorsitzenden erhalten Müntner 95, Marole 53 Stimmen. Zu Sekretären werden Marole und Paul Schulz-Berlin gewählt. Da Marole wiederholt ablehnt, wird Weigls-München als weiterer Sekretär gewählt.

Die neue Reichsverfassung.

Neben dem Abschluß des Friedensvertrages hat die Nationalversammlung nunmehr in der Fertigstellung der neuen Reichsverfassung das wichtigste Stück Arbeit erledigt. Das 173 Paragraphen umfassende Gesetzeswerk wird das beste Mittel für Deutschland sein, in der Welt moralische Eroberungen zu machen, ist es doch die demokratische Verfassung, die zurzeit auf Erden existiert. Allerdings wird es wesentlich auf Auslegung und Anwendung ankommen. Wir geben nachstehend die wichtigsten Sätze daraus wieder:

„Das Deutsche Reich ist eine Republik.“ — „Die Staatsgewalt geht vom Volke aus.“ — „Die allgemein anerkannten Regeln des Völkerrechts gelten als bindende Bestandteile des deutschen Reichsrechts.“ — „Der Reichstag besteht aus den Abgeordneten des deutschen Volkes.“ — „Die Abgeordneten sind Vertreter des ganzen Volkes.“ Sie sind nur ihrem Gewissen unterworfen und an Aufträge nicht gebunden.“ — „Die Abgeordneten werden in allgemeiner, gleicher, unmittelbarer und geheimer Wahl von den über 20 Jahre alten Männern und Frauen nach den Grundzügen der Verhältniswahl gewählt.“ — „Jedes Land muß eine freistaatliche Verfassung haben. Die Volksvertretung muß in allgemeiner, gleicher, unmittelbarer und geheimer Wahl von allen reichsdeutschen Männern und Frauen nach den Grundzügen der Verhältniswahl gewählt werden. Die Landesregierung bedarf des Vertrauens der Volksvertretung. Die Grundzüge für die Wahlen zur Volksvertretung gelten auch für die Gemeindevahlen.“ — „Die Richter sind unabhängig und nur dem Gesetz unterworfen.“ — „Ausnahmegerichte sind unstatthaft. Niemand darf seinem gesetzlichen Richter entzogen werden.“ — „Alle Deutschen sind vor dem Gesetz gleich. Männer und Frauen haben grundsätzlich dieselben staatsbürgerlichen Rechte und Pflichten. Etwas anderes ist nur durch die Verfassung oder durch ein Gesetz vorgesehen.“ — „Die Freiheit der Person ist unverletzlich.“ — „Die Wohnung jedes Deutschen ist für ihn eine Freistätte und unverletzlich.“ — „Jeder Deutsche hat das Recht, innerhalb der Schranken der allgemeinen Gesetze seine Meinung durch Wort, Schrift, Druck, Bild oder in sonstiger Weise frei zu äußern. An diesem Recht darf ihm kein Arbeits- oder Anstellungsverhältnis hindern, und niemand darf ihn benachteiligen, wenn er von diesem Recht Gebrauch macht.“ — „Wahlfreiheit und Wahlheimnis sind gewährleistet.“ — „Alle Staatsbürger ohne Unterschied sind nach Maßgabe der Gesetze und entsprechend ihrer Befähigung und ihren Leistungen zu den öffentlichen Ämtern zugelassen.“ — „Die Beamten sind Diener der Gesamtheit, nicht einer Partei. Allen Beamten wird die Freiheit ihrer politischen Meinung und die Vereinigungsfreiheit gewährleistet.“ — „Alle Bewohner des Reiches genießen volle Glaubens- und Gewissensfreiheit, die ungehinderte Religionsübung wird durch die Verfassung gewährleistet und steht unter staatlichem Schutz. Es besteht keine Staatskirche.“ — „Die Kunst, die Wissenschaft und ihre Lehre sind frei. Der Staat gewährt ihnen Schutz und nimmt an ihrer Pflege teil.“ — „Das gesamte Schulwesen steht unter der Aufsicht des Staates. Es besteht allgemeine Schulpflicht. Ihrer Erfüllung dient grundsätzlich die Volksschule mit mindestens acht Schuljahren und anschließende Fortbildungsschule bis zum vollendeten 18. Lebensjahre. Der Unterricht und die Lernmittel in den Volksschulen und in den Fortbildungsschulen sind unentgeltlich.“ — „Das öffentliche Schulwesen ist organisch angefaßt. Auf einer für alle gemeinsamen Grundschule baut sich das mittlere und höhere Schulwesen auf. Für diesen Aufbau ist die Mannigfaltigkeit der Lebensverhältnisse, für die Aufnahme eines Kindes in eine bestimmte Schule sind keine Anlag- und Requirat, nicht die wirtschaftliche und gesellschaftliche Stellung oder das Religionsbekenntnis seiner Eltern maßgebend.“ — „Die Ordnung des Wirtschaftslebens muß den Grundzügen der Gerechtigkeit mit dem Ziel der Gewährleistung eines menschenwürdigen Daseins für alle entsprechen. In diesen Grenzen ist die wirtschaftliche Freiheit des einzelnen zu sichern.“ — „Eigentum verpflichtet. Sein Gebrauch soll zugleich Dienst sein für das allgemeine Beste.“ — „Die Arbeitskraft steht unter dem besonderen Schutz des Reiches.“ — „Die geistige Arbeit, das Recht der Urheber, der Erfinder und der Künstler genießt den Schutz und die Fürsorge des Reiches.“

Neben diesen Vorzügen weist die Verfassung eine Reihe von Mängeln und Halbheiten auf, die den Sozialisten stören. Schuld daran ist natürlich die unglückselige Zusammenfassung der Nationalversammlung. Beide sozialistische Parteien sind zusammen in der Minderheit. Zudem stehen die Unabhängigen in dauernder Opposition. Die sogenannten Scheidemänner sind daher veranlaßt, den Bürgerlichen (Zentrum und Demokraten) immer wieder Konzessionen zu machen, ein Schwächezustand des Sozialismus, den die Leute um Dernburg, Gröber und Spahr für ihre kapitalistischen und konfessionellen Zwecke weidlich ausnutzen, wobei auch die reaktionäre Rechte stark profitiert. Auf diese Weise ist der Adel nicht radikal beseitigt worden wie in Oesterreich, sondern nur als staatliche Einrichtung abgeschafft. Im Namen blüht er lustig weiter, was zur Folge hat, daß sich das Adelspaß genau wieder so überhebend als Kaste gebärde wie in der Vornovemberzeit. Ähnlich liegt es mit den Titeln und Orden. Auch hier nur Halbheiten. Neue Titel und Orden sollen nicht mehr verliehen werden. Die alten Erzherzögen, Birklichen und unwirklichen Geheim- und sonstigen Räte stolzieren aber mit ihren schwarzen, roten und was sonst noch für Adelsorden als öffentliches Vergnügen weiter fabel die Straßen entlang. Es blieb auch ferner bei Halbheiten bei der Trennung von Staat und Kirche und bei der Befreiung der Schule von jeder Kirchenherrschaft, und es blieben endlich die Unvollkommenheiten bei der Sozialisierung der Naturkräfte und Regale und bei manchen anderen Sicherheiten für die fortschreitende Sozialisierung, von den Mängeln bei der Herstellung des Gleichgewichts zwischen wirtschaftspolitischer Vertretung der Unternehmer- und Arbeiterinteressen gar nicht zu reden.

Um die Vervollkommnung der Gesetzgebung im weitesten Sinne werden sich also die politischen Kämpfe der Zukunft in der Hauptsache drehen müssen. Die Verfassung hat bereits vorgearbeiten, und zwar dadurch, daß sie gegen den Widerstand der Einzelstaaten eine viel stärkere wirtschaftliche Zentralmacht im Reich schuf, als es nach dem Wortlaut der Verfassungsbestimmungen den Anschein hat. Schon die Zuständigkeitsbestimmungen des ersten Abschnitts geben der Zentralgewalt der neuen Republik unendlich viel neue Kulturaufgaben, namentlich auch soziale, die sie einheitlich in großem Stile regeln soll und kann. Noch mehr aber bedeuten die Verfassungsvorschriften über die Wirtschaftsverwaltung, daß tatsächlich die mächtigen Grundlagen für den Einheitsstaat geschaffen sind. Deutschland soll endlich ein einheitliches Zoll- und Handelsgebiet sein. Ein-, Aus- und Durchfuhrverbote einzelner Länder und Gemeinden sind verboten und alle wirtschaftlichen Grenzen im Innern des Reichs aufgehoben. Die Zentralkaribeträge sind abgeschafft, und die neue Republik ist in der einheitlichen Finanzgesetzgebung, in der Steuer- und Verwaltungsverwaltung, in der Verwaltung der Zölle und Verbrauchssteuern völlig selbständig geworden. Die Eisenbahn-, Post- und Wasserverkehrseinheit ist hergestellt. Damit sind dem neuen Freistaat große wirtschaftliche Kräfte zur Vereinheitlichung in die Hand gegeben, daß er bei kluger und tatkräftiger Ausnutzung auch alle politischen Rückständigkeit der leider noch gebliebenen einzelstaatlichen Zerplitterung auf ein unschädliches Maß zurückführen kann. Außerlich haben wir dem Einheitsstaat noch nicht. Aber in den entscheidenden inneren Wirtschaftssphären kann die neue Republik so kräftig vereinheitlichen, wie sie die Volksströmung unterstützt. Und das ist das Ausschlaggebende.

Unter der schwarz-rot-goldenen Flagge schafft also die neue Verfassung die Möglichkeit, alle Kräfte, die politischen, die sozialen und die wirtschaftlichen, zusammenzunehmen und für den Wiederaufstieg und den sozialen Fortschritt zu vereinen. Mögen nun alle Kreise an der Durchführung weiterarbeiten.

Geschichte und Revolution sind identisch. Der revolutionäre Umgestaltungsprozeß in Gesellschaft und Staat ist keinen Moment unterbrochen, denn Staat und Gesellschaft sind lebendige Organismen — und das Aufhören dieses Umgestaltungs-, dieses Erneuerungsprozesses wäre der Tod. Das haben wir Sozialdemokraten erkannt, und darum sind wir eine revolutionäre Partei, d. h. eine Partei, welche sich das Ziel gesetzt hat, die der naturgemäßen Entwicklung von Gesellschaft und Staat entgegenstehenden Schranken aus dem Wege zu räumen. Wilhelm Liebknecht.

Der Wert der kommunalen Arbeiterräte.

Die Umwälzung am 9. November 1918 brachte neben den üblichen Begleiterscheinungen einer Revolution hauptsächlich die Bildung der Arbeiter- und Soldatenräte. Die Militärdiktatur hatte gründlich abgewirtschaftet, sie trieb für die, die sehen konnten, bereits in den letzten Kriegsjahren immer eiliger ihrem unentzerrbaren Ende entgegen. Niemand wußte, wie es bei diesem volksunabhängigen Todesstoß zugehen würde. Und doch war dieser Tod eines unerträglichen Gewalttätigen die heimliche Sehnsucht vieler jedes eigenen Willens beraubter Menschen. Wie ein orkanartiger Sturm die weissen Blätter des Baumes zur Erde schüttelt, so stürzte der schon längst schlummernde Erneuerungsgedanke von Ost zu Ost, vieles abkühlend, was dieser Erneuerung hinderlich sein konnte. Das Ziel stand leuchtend in naher Zukunft, und das gesamte Proletariat ohne Unterschied der sozialistischen Richtung ergriff einig in der Befreiung der arbeitenden Masse. Wenn die Wege sich hier nicht trennten, wäre die Einigung des Proletariats in diesen Novembertagen ohne Schwierigkeiten erfolgt. Die objektiven Vertreter aller Kräfte wählten den Weg zum neuen Staat über die freie Demokratie, die Idealisten ohne Rücksichtswort wählten den Weg über die Diktatur. In diesem grundsätzlichen Gedanken schieden sich die sozialistischen Kräfte in ihren Anschauungen über die Weltordnung und die Menschen im Allgemeinen und die Arbeiterräte im Besonderen.

Dem hohen Schwung der Erhebung und der Freiheit des ganzen Volkes mußte auch die Staatsmaschinerie angepaßt werden. In diesem Zwecke bildeten sich überall, in der Hauptstadt aus den Gewerkschaften und Soldatenverbänden hervorgegangen, die Arbeiter- und Soldatenräte. Diese führten die Kontrolle über die öffentlichen Geschäfte weiter, hielten die Ordnung aufrecht und retteten so durch ihre oft aufopferungsvolle und praktische Tätigkeit das geistige Deutschland vor dem gänzlichen Zerfall und der Anarchie. Während die hohen Regierungen stellen des Landes sich bestig stritten und beschlehen über den Weg, den man gehen wollte, funktionierte in der Provinz fast durchweg die neue Verwaltung auf das Beste. Abgeordnete kamen von den Hauptstädten mit der traurigen Bewußtheit zurück, daß die Stunde der Einigung dem Proletariat noch nicht schlagen sollte. Man ließ in den damaligen Tagen die freudbaren Oberhäupter, besonders in Berlin, regieren, wie sie sich selbst regieren wollten und konnten. Aus dieser Zeit stammt auch die Abkehr von Berlin und die Einsicht, daß Berlin nicht das Deutsche Reich ist. Wäre der innere Kampf des Proletariats auf das sichere Land übertragen worden, so wäre es nicht möglich gewesen, die alle Schranken niederbrechende November-Revolution so unblutig durchzuführen, wie dies tatsächlich geschehen ist. Jeder Ort, jede Stadt, jede Provinz war deshalb mehr oder weniger auf sich selbst angewiesen, und da befestigten sich die auf selbständiges Arbeiten angewiesenen Räte immer mehr und mehr. Sie waren damals die alleinigen Träger des deutschen Staates. Sie wußten das, was morsch war, zu Fall zu bringen, das Gefunde aber festhalten bis auf den Tag, an welchem Deutschland eine gesetzgebende Nationalversammlung hatte. Ein hemmender Teil des alten Regiments nach dem andern fiel, die Soldaten gingen nach vierjährigen Entbehrungen freudig in die Heimat zurück an ihre Friedensarbeit, zu Heim und Herd. Die Soldatenräte der Truppenteile verloren hierdurch ihre Führer, sie waren, weil ihnen geeignete Kräfte fehlten, zur Untätigkeit verurteilt, und sie lösten sich mit der fortschreitenden Demobilisation vollständig auf. Kein Wirklichkeitsmensch hätte den Soldatenräten in Verbindung mit den Arbeiterräten eine längere Lebensdauer vorausgesehen; während der Gedanke des Arbeiterrates eine bleibende Stütze in großen Volksteilen fand. Aus der ganzen Zeit der Räte lösten sich mehr und mehr die kommunalen Arbeiterräte heraus als stehende Interessenvertretung der arbeitenden Massen. Vielen zuletzt sind sie ständig bemüht gewesen, ausgeübende Gerechtigkeit unter allen Volksgenossen herbeizuführen. Dies war und blieb das markanteste Merkmal der Räte zu Beginn der Revolution bis zur Jetztzeit. Dürfen sich nun diese Räte zur Herbeiführung der Gleichberechtigung nur auf die Kontrolle öffentlicher Körperschaften beschränken?

Zu Beginn der Revolution lösten sie tatsächlich lediglich nur die Kontrolle aus, da alle ausübenden Körperschaften dem alten Regierungssystem angehörten, deren Verwaltungssystem in diesem voll umgingen. Nachdem aber nach der Wahl des ganzen deutschen Volkes in den neuen republikanischen Körperschaften Männer ihres Vertrauens sitzen, da ist und bleibt die Kontrolle ein

Widersinn, ein jeder Demokratie hochsprechender Arbeiter, die gewillt sind, mitzuarbeiten und zu verbessern, nicht enthalten. Wie könnte eine Kontrolle besser wirken, wenn die Ausübung irgendeiner Sache von den kontrollierenden kritischenden vorgezeichnet, nicht mittelbar zur tatsächlichen Vollendung gebracht wird? Dazu gehört auch, daß die Sachkenntnis eines jeden Kritik mit der Vorgeschichte und dem weiteren Verlauf einer Sache innig vertraut sein muß. Es bleibt immer ein Eingeständnis von Schwäche und Unfähigkeit, nur die Kontrolle durch die kommunalen Arbeiterräte zu fordern. Mitbestimmend in den öffentlichen Körperschaften zu sein, sollte die Forderung des Proletariats sein und bleiben. Erst dann wird die arbeitende Masse in der Lage sein, bestimmend für ihre Volksgenossen zu wirken und das Leben besser zu verbessern. Platz und Bewegungsfreiheit ist für solche Mitarbeit in den neuen Stadt- und Gemeindeverwaltungen reichlich vorhanden, ja sie wird sogar dort, wo die Wählerkraft in der Hauptsache den arbeitenden Massen angehört, unentbehrlich sein. Wie die Arbeiterräte des November als Staatsrät durch alle Klippen kehrten, so werden die Vertreter der Kopf- und Handarbeiter bestrebt sein, durch den neuen kommunalen Arbeiterrat den Aufbau einer neuen sozialen Wirtschaftsordnung mit herbeizuführen und zu befestigen. Nieher besteht bereits eine ähnliche, wenig bekannte Mitarbeit der Bürgerkraft in einzelnen Verwaltungsausschüssen der Stadt durch Bürger, die von dem Magistrat und den Stadterordneten gewählt werden. Es darf aber in Zukunft nicht möglich sein, daß öffentliche Körperschaften sich selbst Personen in ihre Verwaltungsausschüsse wählen, die nur den Verdacht aufkommen ließen, daß sie der Verwaltung unangenehm sein könnten. Um von vornherein jedes Mißtrauen zur Verwaltung soweit wie irgend möglich auszuschalten, müssen die Vorschläge ebenfalls auf freier Grundlage durch die Bevölkerung vorgenommen werden, wie dies bei der Zusammenberufung der kommunalen Arbeiterräte im weitesten Sinne gewährleistet ist. Und gerade die republikanischen Verwaltungen brauchen bei weitem ein größeres Vertrauen, als dies bisher unter dem alten Regierungssystem üblich war. Während die sogenannten Bürgervertreter beliebige ohne große Rücksicht auf ihren Einfluß in Einwohnerteilen gewählt werden, bietet die aus dem Arbeiterrat kommenden Vertreter die Gewähr der innigen Verbindung mit einem großen Teil der Bewohner und dadurch ein zurechtfindendes Bündnis zwischen Verwaltung und Bürgerkraft. Die solange vom Wort ausgeschlossene arbeitende Bevölkerung muß in die Lage versetzt werden, ihre Wünsche selbst an maßgebender Stelle wirkungsvoll vorbringen zu können und bedient sich hierzu der Männer ihres Vertrauens, des kommunalen Arbeiterrates. Gewiß, die noch freiem demokratischen Wahlrecht erwählten Stadtverordneten und Gemeindevertreter sind die gesetzlich berufenen Vertrauensleute ihrer Wähler. Aber so manche Vertrauensperson der Bevölkerung mußte wegen der beschränkten Zahl der Mandate abseits stehen. Diesen Männern des Volkes sollte im Interesse unserer ganzen Gemeinschaft Gelegenheit gegeben werden, verantwortungsvoll und somit fördernd und nicht nur kontrollierend und somit hemmend zu wirken. Dann wird durch den kommunalen Arbeiterrat zu einem großen Teil das Vertrauen zur Verwaltung in weiten Kreisen der Bevölkerung zunehmen, das allein uns vorwärts kommen läßt und einen ordnungsmäßigen Aufbau unserer daniederliegenden Volkswirtschaft gewährleistet. Der kommunale Arbeiterrat aber sei und bleibe eine wirtschaftliche Vertrauenskörperschaft der arbeitenden Bevölkerung mit hohem Pflichtbewußtsein, wie es die ersten Arbeiterräte der Revolution zu einem großen Teil in hohem Maße waren.

Reinhold Prauser, Erfurt.

In einer höheren Phase der kommunistischen Gesellschaft, nachdem die knechtende Unterordnung der Individuen unter die Teilung der Arbeit, damit auch der Gegensatz geistiger und körperlicher Arbeit verschwunden ist, nachdem die Arbeit nicht nur Mittel zum Leben, sondern selbst das erste Lebensbedürfnis geworden; nachdem mit der allseitigen Entwicklung der Individuen auch die Produktionskräfte gewachsen sind und alle Springquellen des gesellschaftlichen Reichtums voll zur Flut gekommen — erst dann kann der enge bürgerliche Rechtsbegriff ganz überschritten werden und die Gesellschaft auf ihre Bahnen schreiben: Jeder nach seinen Fähigkeiten! Jedem nach seinen Bedürfnissen! Zum (Gothaer) Programm der deutschen Arbeiterpartei.

Der achte Verbandstag der Gemeinde- und Staatsarbeiter in Nürnberg.

Am Sonntag, den 31. August, bewillkommnete die Nürnberger Filiale die Delegierten im Großen Saale des Belodrom durch einen stark besuchten Empfangsabend, der hohe künstlerische Genüsse bot. An den Darbietungen wirkten mit die Arbeitergesangsvereine „Nürnberg-West“, „Viederfranz Euphrosyne“ mit dem Bühlarmonischen Orchester.

Der Vorsitzende der Filiale Nürnberg, Kollege Holke, begrüßte die aus allen Teilen des Reichs erschienenen Delegierten und die Vertreter der ausländischen Bruderorganisationen in einer Ansprache herzlich in Nürnbergs Mauern. Er gedachte dabei der als Kriegsgegner dem Verband entzessenen Mitglieder, besonders der Kollegen Sebald, Schönberg, Riedel und Besolowski.

Nach einem Überblick über die Entwicklung der Nürnberger Arbeiterbewegung im allgemeinen, berichtete er über den Werdegang der Nürnberger Filiale und schloß unter lebhaftem Beifall.

Dann nimmt der Verbandsvorsitzende Kollege Hedmann das Wort. Er dankt den Nürnberger Kollegen für die festliche Veranstaltung und führt nach einem Hinweis auf die furchtbaren Wirkungen des Krieges aus: Das Schlimmste, was uns der Krieg gebracht hat, ist zweifellos die Zerspaltung der Arbeiterbewegung. (Sehr richtig!) Auf der einen Seite sehen wir die Genossen, die die Demokratie für das richtige Mittel halten, um uns aus der Misere wieder herauszubringen, in die uns der Krieg gestossen hat. Auf der anderen Seite erwartet ein großer Teil der Arbeiterschaft das Heil von der Diktatur des Proletariats. Welche Meinung die richtige ist, muß die Zukunft zeigen, aber wir hegen die Hoffnung, daß auch dieser Verbandstag dazu beitragen wird, daß die beiden ausmündersprechenden Richtungen in der Arbeiterbewegung auf gewerkschaftlichem Gebiet miteinander gehen.

An eine Begrüßung der Vertreter der ausländischen Bruderorganisationen knüpft Hedmann den Wunsch, daß auch die Internationale bald wieder sich zusammenschließen möge. (Lebh. Beifall.)

Am Montag tritt in dem festlich geschmückten Saal des Lehrerbüchens der Verbandstag zu seiner ersten Sitzung zusammen.

Der Verbandsvorsitzende Hedmann eröffnet die Tagung mit einer Ansprache. In der er u. a. ausführt: Der achte Verbandstag des Verbandes der Gemeinde- und Staatsarbeiter tritt in einer schweren Zeit zusammen, in einer Zeit, wie sie schwerer wohl noch kein Volk erlebt hat. Imperialismus und Kapitalismus haben ein Werk der Vernichtung zustande gebracht, wie es schlimmer die Welt noch nie gesehen hat. Wir gedenken der Opfer des Weltkrieges. Millionen sind gefallen und ruhen draußen in fremder Erde, auch Tausende unserer eigenen Kollegen sind aus dem Kriege nicht wieder zurückgekehrt. Unter ihnen befinden sich auch solche, die früher an vorderster Stelle für unsere Organisation mitgearbeitet haben. Ich nenne die Kollegen Sebald und Besolowski. Es soll aber auch nicht deren vergessen werden, die wir alle mit Namen nicht nennen können, die tapfere und brave Mitarbeiter uns gewesen sind. Ich bitte Sie, zum Andenken der Gefallenen sich von Ihren Klagen zu erheben. (Geschicht.) - Ich danke Ihnen!

Hedmann begrüßt zum Schluß die Vertreter der ausländischen Bruderorganisationen von Dänke und von Neurs, die Vertreter des Deutschen Gewerkschaftsbundes Ambreit und den Vertreter der Stadt Nürnberg, Stadtrat Wed.

Der Vertreter des holländischen Gemeindearbeiterverbandes van Dinte-Amsterdamb übermündelt in deutscher Sprache dem Verbandstag die Grüße der holländischen Kollegen und knüpft daran die Hoffnung, daß auf dem Internationalen Gemeindearbeiterkongreß in Amsterdam die früheren engen internationalen Beziehungen wieder angeknüpft werden mögen.

Dann folgt der Vertreter der norwegischen Bruderorganisation Roland-Christiana, dessen Begrüßungsansprache von Friis-Christiana ins Deutsche übersetzt wird. Er begrüßt es, daß die Säcken, die der schreckliche Weltkrieg zwischen den Arbeitern der einzelnen Länder aufgerichtet hatte, endlich zerbrochen sind.

Weitere Begrüßungsansprachen folgen von dem Vertreter der Vereinigten Gewerkschaften Nürnbergs Feiffer, und dem Vertreter der Stadt Nürnberg, Stadtrat Wed.

Nach Dankesworten des Verbandsvorsitzenden konstituiert sich der Verbandstag.

Schneider-Nürnberg schlägt als Vorsitzende mit gleichen Stimmen Hedmann und Hret-Nürnberg vor, als Schriftführer Scharlau-Berlin, Dohn-Samburg, Foerster-München und Hoffmann-Köln.

Lenz-Berlin macht andere Vorschläge, der Vorschlag Schneider wird jedoch mit großer Mehrheit angenommen.

In die Wandlungsprüfungskommission werden einstimmig folgende Kollegen gewählt: Käse-Berlin, Reichelt-Breslau, Hofse-Dresden, Soranfrei-Samburg, Clemens-Düsseldorf, Meißner-Magdeburg, vom Vorstand Wutsh.

Ferner wird eine Kommission zur Vorbereitung der Statutenänderung gewählt.

Die vom Vorstand vorgeschlagene Tagesordnung wird auf Antrag München dahin ergänzt, daß die Stellungnahme zum Geset-

entwurf über die Betriebsräte als besonderer Punkt eingeleitet wird.

Mit dieser Ergänzung wird die Tagesordnung genehmigt. Lenz-Berlin beantragt, zur Beratung der Sozialisierungsbestrebungen in Staat und Gemeinde neben dem Referenten Dittmer einen Korreferenten heranzuziehen. Nach längerer Debatte wird als solcher von Kroll-Jena der Abgeordnete Kroenen-Halle (H. S. P.) vorgeschlagen.

Krowitz-Thorn und Weger-Samburg wenden sich dagegen, daß ein Außenstehender auf diesem Verbandstag über die Sozialisierung auf dem Spezialgebiet der Gemeindebetriebe sprechen soll, mit dem die Gemeindearbeiter selbst doch besser vertraut sein müßten als ein Theoretiker. Der Verbandstag stimmt schließlich der Zulassung eines Korreferenten zu, lehnt es aber ab, einen Außenstehenden dazu zu bestimmen. Es wird Lenz-Berlin vorgeschlagen. Von Lenz-Berlin wird hierauf der Delegierte Hubert-Berlin als Korreferent vorgeschlagen, der sich dazu auch bereit erklärt. Ein weiterer Antrag Berlin auf Stellung eines Korreferenten zur Materie wird vom Verbandstag abgelehnt.

Die vorgeschlagene Geschäftsordnung wird debattelos mit der Änderung angenommen, daß auf dem Verbandstag eingehende Anträge der Unterstützung von mindestens 15 Delegierten (statt 5) bedürfen.

Es folgt nun Punkt 2 der Tagesordnung:

Rechenschaftsbericht des Verbandsvorstandes.

Zu 2a: Organisation, Verwaltung, Erhaltung, Förderung der Bewegung. nimmt als Berichterstatter das Wort Verbandsvorsitzender Hedmann: Der Rechenschaftsbericht umfaßt diesmal eine fünfjährige Geschäftsperiode, während unser Statut nur eine dreijährige vorsieht. Der Umstand aber, daß in der Kriegszeit die meisten unserer Mitglieder und auch viele Verbandsfunktionäre im Felde standen, machte es uns unmöglich, einen arbeitsfähigen Verbandstag während des Krieges einzuberufen. Der Krieg hat die Stellung der Gewerkschaften sehr beeinflusst. Von weltlicher Bedeutung ist dabei die Stellung der sozialdemokratischen Parteiorganisation und der Reichstagsfraktion dem Kriege gegenüber. Diese Stellung wurde niedergelegt durch die bekannte Erklärung, die der Abgeordnete Haase am 4. August im Reichstage abgegeben hat. Damit und mit der Entscheidung der Vorstandskonferenz war den Gewerkschaften und unserem Verbands die Nichtsicht für unsere Tätigkeit gegeben. Die ganze Politik der Gewerkschaften wird heute eingeleitet als Arbeiterverrat, als ein Aufgeben des revolutionären Klassenkampfes. (Sehr richtig!) Der Gewerkschaftskongreß hat dazu schon Stellung genommen, und die Entscheidung dieser Anklage, die für die Allgemeinheit der deutschen Gewerkschaften zu sprechen hatte, dürfte im großen und ganzen wohl auch für die Stellungnahme unseres Verbandstages die Nichtsicht bilden. (Sehr richtig!) Wenn wir heute nahezu eine Viertelmillion Mitglieder zählen, so ist das ein erfreulicher Aufschwung unserer Organisation, von dem wir hoffen, daß er von Dauer sein wird. Die wirtschaftlichen Verhältnisse lassen jedenfalls diese Hoffnung berechtigt erscheinen.

Am Aufschwung unserer Mitgliederzahl sind nicht nur die Gemeindearbeiter beteiligt. Wir haben Eingang gefunden bei großen Gruppen der Staatsarbeiter. Auch das Beste personell ist an dem Aufstieg der Mitgliederzahl sehr stark beteiligt. Wir haben heute rund 36000 Kollegen und Kolleginnen organisiert, die dem Fliegerberuf resp. dem Bade- und Passagierpersonal angehören. Ganz neue Kategorien, wie die Kreis-Strecken- und Wegewärter, die Wasserbauarbeiter und viele andere sind hinzugekommen. Überall da, wo überhaupt die Möglichkeit zur Organisation der Kollegen vorlag, habe sie Eingang gefunden.

Während des Krieges war das Wirken unserer Kollegen besonders schwer. Selbst zu Lohnbewerbern waren die Kollegen einzelner Orte nicht zu bewegen. Es kam ein ungeheurer Gegensatz zwischen diesen Verhältnissen und den Anforderungen, die man heute nach dem revolutionären Schwung der Zeit an die Führer für die Verantwortung stellt. Es war wirklich nicht ein Verfaulen der Führer während des Krieges, sondern es war, daß ich wohl sagen, ein Verfaulen der Massen.

Während des Krieges sind von den 31 Angestellten der Hauptkasse 22 zum Kriegsdienst eingezogen worden, so daß nur die dringend notwendigen laufenden geschäftlichen Arbeiten erledigt und die Lohnbewerbern eingezogenen durchgeführt werden konnten. Vom Verbandsvorstand waren Kollege Marok und ich eingezogen. Da muß ich leider über eine unangenehme Note gerade meiner Einzelnung berichten. Ich habe mit dem ersten Tage des Kriegszustandes, am 31. Juli 1914, zum Heeresdienst einrücken müssen. Nun war auf dem Verbandstag in Samburg Kollege Logodinski als zweiter Vorsitzender gewählt worden, als unbesetzter Kollege. Das Zusammenarbeiten der fehlenden Verbandsfunktionäre war während des Krieges und auch nach dem Kriege nicht nur ein beiderseitiges, sondern geradezu ein ideales. (Wutsh.) Antoinette meines Abganges aber ist es zu Differenzen gekommen davon, daß Kollege Logodinski nun beansprucht, in die laufenden Geschäfte der Organisation mehr eingreifen zu können, als ihm in seiner

Stellung als nichtbesoldeter Funktionär eigentlich möglich war. Eine Verständigung mit ihm war damals nicht mehr möglich. Es handelte sich in der Hauptsache darum, daß Lagodinski Anspruch darauf erhob, nun nicht mehr als unbesoldeter Verbandsfunktionär mitzuwirken, sondern er hat erklärt, da der Verbandsvorsitzende sich im Kriege befindet, sei es selbstverständlich, daß er sich für die Arbeit des Verbandes dauernd zur Verfügung stelle. Er wollte also aus einem unbesoldeten Funktionär ein besoldeter Funktionär des Verbandes werden. Das hat aber der Verbandstag in Hamburg ganz bestimmt nicht beabsichtigt. (Sehr richtig!) In Verfolg seiner Nichtbeteiligung, die hervorgerufen war durch die Abweisung seiner Ansprüche, hat dann der Verbandsvorstand gemeinsam mit dem Verbandsauschuß einstimmig seine Amtsenthebung vorgenommen. Ob beide damit recht getan haben, unterliegt Abser Beurteilung. Die Maßregelungen sind wesentlich zurückgegangen. 1910 hatten wir 136 Maßregelungsfälle, 1918 nur noch 2. Während des Krieges haben wir nur einen Abwehrstreik führen müssen. Trotz des Putschfriedens haben wir Lohnbewegungen geführt, und wir haben damit im Jahre 1918 rund 60 Millionen an Mehrbewilligungen für unsere Mitglieder herausgeholt. Leider haben wir bei diesen Bewegungen nicht immer die nötige Geschicklichkeit der Gemeindegewerkschaft gehabt. Durch die neueren Lohnverhandlungen haben wir auch mit dem alten Zulagenystem aufgeräumt und die Tendenz der Vollblütigkeits-Einrichtungen ist aus den Tarifen verschwunden, vor allem unter dem Einfluß der Revolution. Allerdings stehen wir auf dem Standpunkt, daß die einmal vorhandenen sozialen Einrichtungen in Gestalt von Alters- und Hinterbliebenenverfügungen usw. nicht nach der Revolution einfach weggelassen dürfen. Während des Krieges haben sich auch die Industrieorganisationen unserem Standpunkt der Betriebsorganisation in manchen Punkten mehr genähert. Für unsere Anträge haben in der Vorstandskonferenz sechs Organisationen gestimmt, die etwa 1.500.000 Arbeiter vertreten. Unsere Anträge auf dem Gewerkschaftskongreß sind natürlich ebenfalls abgelehnt worden, aber immerhin hat der Gewerkschaftskongreß einem Antrag der Kommission zugestimmt, wonach die abweichenden Eigenheiten der Organisationen wie bisher schon der General-Kommission angeschlossen waren, anerkannt werden. Damit haben wir eigentlich zum erstenmal, wenn auch in verklärter Form, für unsere Organisationsform die Anerkennung der übrigen Organisationen gefunden. Das Wort, das an der Spitze unseres Verbandes steht: „Staats- und Betriebsbetriebe sollen Mutterbetriebe sein“, wollen wir auch für die Zukunft zur Bewirklichung bringen. Im neuen Deutschland soll es nicht mehr eine leere Phrase reaktionärer Behörden sein. Hier mitzuarbeiten und die Voraussetzungen für eine solche Entwicklung zu schaffen, ist eine der vornehmsten Aufgaben dieses Verbandes. (19. 10. Weisfall.)

Bei Punkt 2d erläutert

W u h l y - Berlin die besonderen Kriegsmassnahmen des Verbandes. Er schildert die unsichere Lage, in der sich die Gewerkschaften bei Kriegsausbruch befanden und die dazu drängte, an einer Sicherung der Verbandsfinanzen zu arbeiten. Darum mußte der Vorstand selbst unter Außerachtlassung des Status die Unterstützungseinrichtungen einschränken, andererseits aber den Mitgliedern eine Hilfe gewähren für die besondere Notlage, die der Krieg für die Familien der zum Seeresdienst Eingezogenen im Gefolge hatte. Die gesteigerten Anforderungen an die Masse im Verein mit der immer geringer werdenden Beitragszahlung nötigte den Vorstand 1916 zu einer Beitragserhöhung um 10 Pf., und 1917 mußte der Beitrag um weitere 10 Pf. erhöht werden. In einer Kreditimmung erklärten sich die Mitglieder mit 12.375 gegen 1751 Stimmen damit einverstanden. Eine solche Erhöhung der Finanzkraft war um so notwendiger, als die Streikunterstützung erhöht werden und verschiedenen notleidenden Filialen Zuschuß gewährt werden mußte.

Andererseits trat an uns die Frage heran, wie wir uns zu der Retirierung der Kriegsbeschädigten und der Hinterbliebenen Kriegsgefallener von seiten der Stadtgemeinden stellen sollten. Wir sind heute ein gutes Stück darin vorwärts gekommen, insofern, als in einer Reihe von Tarifverträgen nach dieser Richtung Vorzüge getroffen ist. Wir müssen aber heute auch sagen, daß die Grundidee, die wir damals als das notwendigste von seiten des Verbandes ansetzten und die im Mitteilungsblatt vom 15. Oktober 1915 veröffentlicht sind, noch lange nicht in dem Umfange anerkannt sind, als es notwendig wäre. Wir haben sie auch noch nicht in dem neu geschaffenen gemeinschaftlichen Zentralausschuß mit dem Vorstand des Städtebundes allgemein als Richtlinien zur Anerkennung bringen können. Diese Mindestforderungen würden also zuerst zur Anerkennung zu bringen sein.

Weitere Beschlüsse bezogen sich darauf, daß die Mitglieder, die vom Seeresdienst beurlaubt waren, in dem Maße, wie sie im Lande Verdienstgattung fanden, sei es in Kriegswirtschaftlichen Betrieben oder im Zivildienst, auch zur Beitragspflicht herangezogen wurden.

Der Vorstand hat sich für die Herabsetzung der Beiträge bestreut, falls es möglich werden können. Aber jedenfalls ist das möglichst getan im Interesse der Mitglieder und zur Sicherung unserer Organisation. Das war dem Verbandsvorstand allerdings nur möglich durch die Unterstützung, die ihm denn auch zunächst unter

Heberwindung sehr großer Schwierigkeiten zuteil geworden ist durch all die alten Kollegen, die fleißig in die Breche sprangen und durch die erfreulicherweise herbeigekommene Unterstützung seitens der Frauen so mancher uns sehr getrauten Kollegen. (19. 10. Weisfall.)

Vorsitzender Ehret teilt mit, daß die Breslauer Kollegen eine Sammlung veranstaltet haben, die Einbild gewährt in die Maßnahmen der Genfur während des Krieges. Das Buch ist vom Lokalrat ausgelegt.

Über die Sektion „Arankenpflege“, Massage- und Baderpersonal“ berichtet Marokke. Sein Bericht wird in der „Sanitätswarte“ veröffentlicht.

Den Kassenbericht erstattet Hauptkassierer Ahmann: Die Gesamteinnahmen in den fünf Jahren stellen sich auf 3.297.883,88 M., die Gesamtausgaben auf 3.353.460 M., also eine Mehrausgabe von 55.576,12 M. Das Vermögen der Hauptkasse ist mithin zurückgegangen von 717.031,23 Mark auf 601.455,11 M.

Die Gesamteinnahmen der Filialen stellen sich in dieser Zeit auf 1.956.805,60 M., die Gesamtausgaben auf 1.855.492,59 M., das macht eine Mehreinnahme von 101.303,01 M. Das Vermögen der Filialen hat sich also von 371.188,71 M. auf 475.591,75 M. erhöht. Das Gesamtvermögen betrug zu Beginn 1914 1.121.222,97 Mark und beim Jahresabschluss 1918 1.167.046,89 M., also ein Mehr von 45.823,92 M.

Wenn die Einnahmen für diese fünf Jahre für unseren Verband auch nicht als besonders erfreulich zu verzeichnen sind, so bringt doch das erste Quartal 1919 uns einen erfreulichen Aufschwung. Die Einnahmen der Hauptkasse betragen im ersten Vierteljahr 1919 865.116,77 M., die Ausgaben: 394.808,67 M., so daß eine Mehreinnahme von 470.308,10 M. zu verzeichnen war. Die Einnahmen der Filialen betragen in diesem Quartal 477.785,33 M., die Ausgaben 291.251,88 M., macht eine Mehreinnahme von 186.533,45 M. Dies Ergebnis vom 2. Quartal könnte den Anschein erwecken, als ob wir im Gelde schwimmen, wenn es auch nur Papiergeld ist. (Weiterleit.) Der kolossale Aufschwung an Mitgliedern hat uns eine beträchtliche Einnahme an Beiträgen gebracht, der zugleich nur eine geringe Summe an Ausgaben gegenübersteht. Mit dem 3. Quartal dieses Jahres beginnt nun aber auch für die Mitglieder, die im vorigen Jahre zu uns eingetreten sind, sobald sie 52 Wochen Beitrag geleistet haben, die Unterstützungsberechtigung für Krankheit und Arbeitslosigkeit, wir werden hierfür mit erheblichen Ausgaben zu rechnen haben. Wir wollen in der fünfjährigen Geldsprüche an Mitgliedschaft 775,89 M., an Gehaltsregelunterstützung 674,36 M., an Streikunterstützung 98.166,88 M., an Sterbeunterstützung 22.151,65 M. und an Erwerbslosenunterstützung 1.104.937,79 M. Das sind zusammen 1.557.060,57 M. Außerdem an nichtstatutarischer Unterstützung: an Familien eingezogener Mitglieder 214.261,20 M., an Weihnachtunterstützung 2.502,50 M., an Streikbeihilfe für gefallene Mitglieder 72.600 M., zusammen 621.975,70 M. Das macht insgesamt an Unterhaltungen: 2.179.036,27 M. Die Lokalstellen zahlten 238.504,36 M., das macht insgesamt also 2.417.540,63 M. an Unterhaltungen. Die Leistung dieser für uns gewaltigen Ausgaben war nur möglich, indem der Verbandsvorstand und Ausschuß bei Beginn des Krieges die statutarischen Unterhaltungen herabsetzten und die Beitragserhebung in Kreditimmung beschließen wurde. Am 5. Februar 1915 wurde die Gründung der Vermögensverwaltung beschlossen. Als Gesellschaftler sind eingetragen die besoldeten Mitglieder des Verbandes mit je einem Geschäftsanteil von 5000 M., zusammen 20.000 M. Stammeinlage. Die Rechte der Gesellschaft haben in dem Geschäftsvertrag die notwendigen Einschränkungen erfahren, keiner von ihnen kann den ihm von der Verbandskasse zur Verfügung gestellten Geschäftsanteil veräußern, verpfänden oder sonst darüber verfügen. Ein Nutzen der Gesellschaft ist ebenfalls ausgeschlossen. Zinsen und andere Einnahmen fallen rechos dem Verbandesvermögen zu. Beschlüsse irgendwelcher Art fahrt der Verbandsvorstand und die Gesellschaftler sind nur die ausführenden Organe. Die Gründung der Gesellschaft verzweigt an Notariats- und Gerichtslisten eine Ausgabe von 1095,25 M., die Kosten betragen in den vier Geschäftsjahren 221,44 M., dem steht eine Einnahme gegenüber von im Jahre 1915 12.313,21 M., 1916 15.523,91 M., 1917 21.142,90 M., 1918 17.579,40 M., insgesamt 66.539,01 M. Das Vermögen des Verbandes bei der Vermögensverwaltung beträgt am Jahreschluss 1918 474.489,37 M. Auf dem letzten Verbandstag berichtet: i. b. daß wir bei dem Konkurs des „Kammlerwehmannsvereins“ Kommandes, früher „Türkische Anlehnungsgesellschaft“, mit einer Summe von 21.475 M. beteiligt seien. Ich sprach die Befürchtung aus, daß wir hiervon wohl kaum etwas retten werden. Erfreulicherweise haben wir beim Abschluß des Konkurses noch 4000,41 M. erhalten, so daß der Verlust also um diesen Betrag vermindert.

Nun zu unserer Mitgliederbewegung. Wir hatten zu Beginn 1914 53.925 Mitglieder, Ende 1914 51.800 Mitglieder, Ende 1915 54.539 Mitglieder, Ende 1916 55.230 Mitglieder. Damit war die niedrigste Zahl erreicht und die Organisationsarbeit betrug 53.925, gleich 28.535. Ende 1917 begann wieder der Aufstieg auf 32.981

Mitglieder. Ende 1918 hatten wir 90 705 Mitglieder, 1. Quartal 1919 174 578. Das war seit Ende 1917 eine Zunahme von 148 188. Die Gesamtzunahme von Anfang 1914 bis 1. Oktober 1919 beträgt 120 561 Mitglieder gleich 324 Proz.

Nach der Monatsstatistik vom 1. August beträgt die Mitgliederzahl 231 933. Wir haben also eine Aufwärtsbewegung zu verzeichnen, die selbst die kühnste Hoffnung in den Schatten stellt. Es wird zurzeit die erste Viertelmillion Mitglieder ziemlich erreicht sein. Natürlich haben sich dementsprechend auch die Filialen vermehrt. Ich sage nicht zuviel, wenn ich behaupte, daß die Filialen in diesem Jahre wie Pilze aus der Erde geschossen sind. Anfang 1914 hatten wir 221 Filialen, im 1. Quartal 1919 zählten wir dagegen 314 Filialen, eine Vermehrung von 43 Prozent. Nach der in der Woche vor dem Verbandstag stattgefundenen Zählung kamen wir zu dem Ergebnis von 500 Filialen.

Die Annexion von Elb-Verbindungen kostete uns 6 Filialen mit 615 Mitgliedern. Was uns die weitere Annexion Posen und ein Teil von Schlesien kosten wird, läßt sich zurzeit noch nicht feststellen.

Der Mitgliederzuwachs verursachte natürlich eine Unmenge Arbeit, die zu bewältigen war. Hinzu kam die Unmöglichkeit, die notwendigen Materialien zu beschaffen. Wenn nicht alles so klappte, wie wir es selbst wünschten, so trägt auch die Beförderung durch die Post einen großen Teil Schuld daran. Das Zusammenarbeiten der Massenverwaltung mit den Filialen ist ein immerhin zufriedenstellendes gewesen. Sollen wir, daß dies auch für die Zukunft so sein wird. (Beifall.)

Zu Punkt 2: „Presse“ berichtet Redakteur Dittmer: Die Entwicklung unseres Verbandes war bis zum Kriegsausbruch eine schematisch gleichmäßige im letzten Jahrzehnt. Vor Kriegsausbruch waren wir nicht wenig stolz darauf, daß wir bereits 55 000 Kollegen in unseren Reihen zählten, obwohl wir wußten, daß die überwiegende Mehrheit in den Gemeindebetrieben, auf die wir uns damals hauptsächlich beschränkten, uns fern stand. Wir haben aber auch den Mut nicht verloren, als der Tiefpunkt kam. Es war Ende des Jahres 1916, als wir nicht einmal mehr die Hälfte der Mitglieder mühen konnten. Daß wir Recht hatten mit unserem gewerkschaftlichen Optimismus, beweist die Entwicklung der letzten Monate, da wir jetzt eine Viertelmillion Leser um unsere Presse scharen. Damit treten natürlich alle früheren Perspektiven in den Hintergrund, und der Einfluß unserer Presse ist so gewaltig geworden, daß wir uns darüber klar sein müssen: erhöhte Aufgaben, erhöhte Verantwortung der Redaktion, und die Mittel zur gewerkschaftlichen Erziehung der Mitglieder müssen heute in verstärktem Maße angewandt werden. Im zweiten Kriegsjahre wurden auch die inneren Schwächen wesentlich größer. Es kam der Kriegswinter, und es begann eine Zensur ohne Gleichen. Im Laufe der Kriegsjahre wurde der „Gewerkschaft“ fünfmal angedroht, sie dürfe nicht weiter erscheinen. Sogar unsere Zensurpolitik verfiel schließlich der Zensur. In den letzten Wochen und Monaten vor Ausbruch der Revolution fand man als tägliches Morgengeschenk für die Redaktion zwei bis drei Zensurverfügungen auf dem Schreibtisch vor. Schon 1915 ist in Nr. 16 ein Artikel des Professor Raiffe veröffentlicht worden über die Sozialisierung. So mander, der jetzt glaubt, auf diesem Gebiete zu Hause zu sein, hat damals wohl an diese Dinge recht wenig gedacht. Damals schon war die Einseitigkeit der Arbeiterbewegung in Gefahr. Das ist in Nr. 50 zum Ausdruck gebracht worden, und damit wurde der Tenor der Meinungs des Vorstandes gegeben. Meine Meinung wie die des Vorstandes ging dahin, daß wir unter allen Umständen als wichtigste Aufgabe ansehen mußten, die Einigkeit der Arbeiterbewegung auf politischem und wirtschaftlichem Gebiet aufrecht zu erhalten. In der „Gewerkschaft“ wurde wiederholt in schärfster Weise gegen die Kriegspropaganda Stellung genommen, soweit es irgend mit der Zensur vereinbar war. Unser Artikel über den Massenstreik der Arbeiter verfiel zum großen Teil der Zensur. Der Abdruck der Tarifverträge in der „Gewerkschaft“ muß nun allmählich eingestellt werden, nachdem wir unsere Tariftabelle haben. Die Zahl der Tarife hat sich außerordentlich vermehrt, und der Raum unserer Zeitung kann damit nicht mehr belastet werden. Die beiden Spartakuswochen in Berlin sind leider an unserer Presse auch nicht spurlos vorbeigegangen. (Zuruf: Eine Schande ist das!) Es kam dahin, daß wir unsere Zeitung, die im „Vorwärts“ gedruckt wird, in der Solarschreiber-Druckerei herstellen lassen mußten. Später konnten wir wieder zur „Vorwärts“-Druckerei zurückkehren. Schon im Dezember 1918, als die Arbeiterratsfrage noch nicht ein allgemeines Schlagwort war, haben wir auch in der „Gewerkschaft“ darüber geschrieben, und schon in Nr. 10, also im März 1919, sind von uns klare Richtlinien dafür angedeutet worden, die jetzt auch von der Opposition größtenteils als etwas ganz Neues hingestellt werden. Wir haben bis zuletzt in der Presse darauf gedrängt, daß die Einigkeit in der Arbeiterbewegung unter allen Umständen in wirtschaftlicher Beziehung aufrechtzuerhalten ist. Der Gewerkschaftskongress hat uns diese Arbeit leicht gemacht und die dort aufgestellten Richtlinien habe ich mit voller Mühe sehr ausführlich in der „Gewerkschaft“ wiedergegeben. Es ist auch in diesem Jahre wie immer eine Meinung herausgekommen, und ich hoffe, daß wir diese schöne Sitte beibehalten.

Über unsere Presse sind eigentliche Beschwerden prinzipieller Natur nicht eingegangen. Eine Beschwerde aus Leipzig war mehr persönlicher Natur, denn es drehte sich um einen Versammlungsbericht, der sich auf die Entlassung oder Maßregelung des Kollegen Schuchardt bezieht. Die Wirkung der „Gewerkschaft“ ist jetzt in ein breites Strombett übergegangen. Ich habe eine große Anzahl neuer Rubriken schaffen müssen für die besonderen Kategorien der Staatsarbeiter. Der Wunsch, daß auch die Straßenbahn- und besondere Berücksichtigung finden sollen, wird sich im Rahmen unseres Organs sehr gut erfüllen lassen, es muß allerdings auch hierbei eine weise Beschränkung gelten. Zwischen Redaktion und dem Verbandsvorstand bestand das beste Einverständnis. Auch die Mitarbeiter der „Gewerkschaft“ haben sich im Laufe der Zeit gewaltig vermehrt. Leider hat der Tod der Kollegen Sebald, Wesolowski, Schönberg und Kiesel eine große Lücke in die Mitarbeiterstaffel unseres Organs gerissen. Sonst abweichende Meinungen eingegangen, sind sie auch zum Ausdruck gekommen. Die Anträge zum Verbandstage beschränken sich nur auf eine geschäftstechnische Anregung, daß die „Gewerkschaft“ frühzeitig erscheinen möge. Das ist seit einigen Monaten schon geschehen. Wir haben den Redaktionsrat verlegt, obwohl dadurch eine Art regelmäßiger Sonntagsarbeit für die Redaktion entsteht. Mit der Expedition ist es ein Tammer, aber die Schuld trägt ausschließlich die Post.

Die „Sanitätskarte“ hat sich in der Auflage verzehnfacht. Und während früher die Redaktion über zu geringe Mitarbeiter hatte, können wir jetzt, trotz des vierzehntägigen achteitigen Erscheinens die unzureichende Stellenfülle kaum bewältigen. Mit dem nächsten Erscheinen, etwa vom Januar nächsten Jahres ab, werden wir auch den sachlichen Charakter der „Sanitätskarte“ wieder mehr betonen.

Zum Schluß will ich feststellen, daß grundsätzliche Beschwerden über die Haltung der Presse im allgemeinen nicht eingegangen sind, wenn ich mir auch bewußt bin, daß nicht alle Kollegen mit allen Einzelheiten zufrieden sind. In der Kriegszeit hatten Vorstand und Redaktion die Auffassung, das schärfste für die deutsche Arbeiterklasse wäre eine Niederlage, deren Folgen für die Arbeiterklasse so entsetzlich sein müßten, daß auch der revolutionäre Wille uns darüber nicht hinweghelfen kann. Inzwischen hat sich ja erwiesen, wie recht wir mit dieser Einschätzung der Folgen einer Niederlage hatten. Das andere Motiv für unsere Haltung war: Wenn uns etwas noch seelisch aufrichten und erretten kann, so nur die Einigkeit der Arbeiterklasse. Dieser Gedanke ist durch alle Jahrgänge zu verfolgen und das ist auch mein Credo, mein Glaube, bis auf den heutigen Tag. Mag der Richtungsstreit manchmal als das Wichtigste erscheinen, mir erscheint als das Wichtigste der rechte Geist, der im Sozialismus immer gesprochen hat, die allgemeine Tendenz des Sozialismus zur Befreiung des Menschen. Das ist der Grundgedanke, von dem sich der moderne Arbeiter leiten lassen soll und von ihm hat sich auch die Redaktion leiten lassen. Nicht mit Worten von „reinslicher Scheidung“, nicht mit dauernden Rückwärtsbetrachtungen und Erörterungen der Schuldfrage kommen wir vorwärts, sondern nur mit einem Aktionsprogramm für die Gegenwart. Das ist auch auf dem Gewerkschaftskongress in der Resolution Paplow zum Ausdruck gebracht worden. In diesem Sinne müssen wir die Arbeiter schulen und erziehen. Das Wort von Karl Marx kann dahin variiert werden: Die Befreiung der Arbeiterklasse gelingt uns nur, wenn die Arbeiter Sozialisten werden und sich als Sozialisten wieder zusammenfinden. Deswegen sage ich: Wir sollen daran denken, daß wir nicht nur die Einigkeit der Internationalen, sondern auch die Einigkeit der deutschen Arbeiterklasse wieder einmal bekommen müssen, als das leuchtende Janal für die Internationalen. (Lebhafte Beifall.)

Vor Schluß der Sitzung erklärt

Venz, Berlin: Alle Kollegen, die sich auf revolutionärem Standpunkt stellen, finden sich heute abend um 7 Uhr im „Historischen Hof“ ein. (Große Unruhe und Aufse: Ist das die Einigkeit?)

Vorsitzender Sedmann: Kollege Venz hatte uns nicht mitgeteilt, was er jagen wollte. Ich erkläre, wenn wir gewußt hätten, daß er mit seiner Mitteilung von der Konferenz eine herbeiführen will, so hätten wir ihm das Wort dazu nicht gegeben. Es liegt gar keine Veranlassung zu Sonderkonferenzen vor und ich möchte deshalb die Kollegen ersuchen, im Interesse des Zusammenarbeitens solche Dinge zu unterlassen. (Lebhafte Zustimmung.)

Vorsitzender Ebert: Das Verhalten des Kollegen Venz ist nicht dazu angetan, die Mahnung zu unterstützen, die bis jetzt von allen Referenten gegeben wurde. Wenn wir hier zusammengekommen sind, um im Interesse der Organisation und der gesamten Gemeinde, und Staatsarbeiterschaft gemeinsame Arbeit zu leisten, dann brauchen wir solche Sonderkonferenzen nicht. Hier ist der Beratungsplatz zur Entscheidung solcher Fragen. (Lebhafte Zustimmung.)

Gegen 3¼ Uhr wird die Sitzung geschlossen.

Zweiter Verhandlungstag.

Bei Eröffnung der zweiten Sitzung kommt zunächst eine Erklärung von Berliner und anderen oppositionellen Delegierten zur Verlesung, die gegen die Verbandstagsleitung den Vorwurf der Parteilichkeit mit Rücksicht auf den Schluß der ersten Sitzung erhebt und

den Verdacht zurückweist, daß die Opposition eine Sprengung des Verbandes beabsichtigt will.

Vorstehender Ehret weist die Angriffe gegen die Verbandstagsleitung zurück.

Ein Antrag A. u. b. r. - Berlin, der verlangt, daß den nicht stimmberechtigten Verbandstagsmitgliedern (Vorstand, Gauleiter usw.) besondere Plätze angewiesen werden, wird mit großer Mehrheit abgelehnt.

Hierauf beantragt P. e. r. s. o. l. h. - Reutlingen im Namen der Revisoren Entlastung für den Kassierer.

S. c. h. m. o. l. l. - Stuttgart erstattet den Bericht des Verbandsausschusses. Der Ausschuss hatte sich nur mit wenigen Reichswerden zu beschäftigen. Er lehnte den Antrag der Kollegen Weigl und Besolowski auf Anrechnung ihrer Dienstzeit bei der Anstellung als Gauleiter ab. Bewilligte aber diesen Antrag dem Gauleiter Peder. Gegenüber der Reichswerde des Kollegen Laggdzinski stellte sich der Ausschuss auf denselben Standpunkt wie der Verbandsvorstand. Eine Reichswerde von Max Lange wegen Verweigerung der Erwerbslosenunterstützung wurde abgelehnt, ebenso eine Reichswerde Kühne wegen kündigungsgeldloser Entlassung.

Der frühere Ausschussvorsitzende Lorch hatte an Stelle des abwesenden Kollegen Altmeyer die Geschäfte auf dem Ortsbureau Stuttgart geführt. Nach Altmeyers Rückkehr stellte sich aber ein Markenmann von 460 Marken a 60 Pf. heraus, über das Lorch keine Auskunft geben konnte. Lorch wurde deshalb die Pflicht abgesprochen, weiter Vorsitzender des Ausschusses zu bleiben. Diese Angelegenheit hatte noch weitere Auseinandersetzungen mit dem Kollegen Lang und der Filiale Stuttgart zur Folge. Der Ausschuss erklärte sich einverstanden mit der Anstellung des Kollegen Schudardt-Heinzig als Hilfsleiter, des Kollegen Schmidt-Stettin als Gauleiter und des Kollegen Schulz-Berlin als leitender Sekretär des Hauptbureau. — Kollege Schmoll beantragte zum Schluß, dem Hauptvorstand für seine Tätigkeit Entlastung zu erteilen.

M. e. i. s. t. e. r. - Magdeburg berichtet hierauf namens der Mandatsprüfungskommission, daß an dem Verbandstag teilnehmen: sechs Vertreter ausländischer Bruderorganisationen, Kollege Mohs als früherer Internationaler Sekretär, ein Vertreter des Gewerkschaftsbundes, ein Vertreter der Stadt Nürnberg und ein Vertreter der Nürnberger Gewerkschaften. Ferner sind anwesend 158 Delegierte, sechs Vorstandsmitglieder, ein Vertreter der Redaktion, ein Vertreter des Ausschusses, ein Revisor und 19 Gauleiter. Die Kommission bedauert, daß viele Delegierte ihr Mitliedsbuch nicht mitgebracht haben und daß mehrere größere Beitragsrückstände haben. Der Kollege Michelsen aus Berne ist ohne Mandat gekommen und kann als Delegierter nicht zugelassen werden. Weil seine Entsendung aber auf Mißverständnisse zurückzuführen ist, beantragt die Kommission, die bis jetzt daraus entstandenen Kosten auf die Verbandskasse zu übernehmen. Gegen die Wahl des Kollegen Steiert ist von der Filiale Freiburg Protest eingeleitet worden, über den die Kommission die Entscheidung dem Verbandstag überläßt. Die übrigen Mandats beantragt die Kommission für gültig zu erklären.

Nach kurzen Bemerkungen des Kollegen Michelsen-Berne wird das Mandat des Kollegen Steiert-Lahr für gültig erklärt und im übrigen nach den Vorschlägen der Mandatsprüfungskommission beschlossen.

Hierauf wird die Debatte über die Vorstandsberichte eröffnet. Sie erhebt sich auf eine Reihe von Anträgen, die sich in der Hauptsache auf Änderungen in der Gauvereinsung beziehen. So beantragt die Gauorganisation A. d. N. die Wiedererrichtung des Gaues Aöln. Die Filiale Dortmund verlangt einen eigenen Gau für die Provinz Westfalen, und ein weiterer Antrag will den Gau Frankfurt teilen und einen besonderen Gau für das von den Franzosen besetzte Gebiet Rheinland-Rhein bilden.

Ein Antrag der Filiale München erhebt die Zusammenfassung aller in den städtischen und staatlichen Betrieb in Deutschland beschäftigten Arbeiter und Arbeiterinnen in einer einheitlichen Organisation.

Die Filiale Lahr beantragt, den Redaktionsklub, so zu legen, daß die „Gewerkschaft“ schon Samstag im Buß der Mitglieder sein kann.

Die Filiale Gallingen-Ober beantragt die Errichtung einer eigenen selbständigen Sektion des Regionalen der Weil- und Pöggel-Anstalten, A. a. n. t. e. n. b. a. u. e. r. usw. und die Ansetzung der „Santitätskarte“ zu einem völlig selbständigen Gewerkschaftsorgan.

Die Filiale Stuttgart beantragt Entlastung des bisher an die Filiale Berlin und Hamburg gewährten Verbandszuschusses.

Die Filiale Hamburg beantragt Verleugung des Verbandsausschusses nach Hamburg, und die Filiale Groß-Berlin beantragt, daß der den Filialen durch den Krieg und die schlichte Reichseinheit der Marken entstandene Markenerlösnis von der Hauptkasse übernommen wird.

Als erster Disziplinardreher führt

K. r. e. n. z. l. o. w. - Berlin aus: Ich erkläre im Namen der sehr starken Minderheit auf dem Verbandstage, daß keiner von uns auch nur im entferntesten daran denkt, die Einigkeit der Gewerkschaftsbewegung zu sprengen. Die groß-revolutionäre Arbeiterkass

lann es aber nicht dulden, daß eine kleinere Gruppe sich in der Organisation die Führerschaft anmaßt. Was in der „Gewerkschaft“ während des Krieges gestanden hat, ist keine sozialistische Politik, uns trennen große Gegensätze. Umbreit spricht zwar vom Sozialismus, aber er meint, dazu könne man nur durch die Demokratie kommen. Wir aber wollen jetzt gleich sozialisieren, soweit es möglich ist. Der Burgfrieden und das Hilfsdienstgesetz hatten nur den Zweck, die herrschende Klasse zu schützen gegen die aufstrebende wühlende Arbeiterklasse. In der „Gewerkschaft“ werden die heillosen Gräueltaten noch entschuldigt. Die Unterdrückung aller Friedensbestrebungen wird in einem anderen Artikel als „Einheitsgedanke“ gepriesen. Nicht wir stören die Einigkeit, sondern durch mein Eingreifen ist erst die Abtrennung Lichtenbergs von der Filiale Berlin verhindert worden. Sedmann dagegen hat erklärt, wenn die Opposition seine Richtung weiter so angreift, dann würde er eine eigene Organisation gründen. (Sedmann überpricht.) Wir wollen nicht eine Einigkeit in dem Sinne, daß die große Kammerherde der Bureaucratie des Verbandes willenlos nachläuft. Wir wollen die Einigung der Massen; die kann aber nicht mit den Führern erfolgen, sondern nur gegen die Führer. (Sehr richtig! bei der Opposition.) Wir wollen die Mäße auch mit politischer Macht ausstatten und darum muß unsere wirtschaftliche Reorganisation letzten Endes auch eine politische Institution sein. (Sehr richtig! bei der Opposition.)

L. a. g. o. d. z. i. n. s. k. i. Sedmann hat ohne jeden Beweis behauptet, daß ich nach einem bezahlten Posten strebe. Ich muß diese Behauptung entschieden zurückweisen. Ich wurde auf dem Hamburger Verbandstag in eine Position als Sündenbock gestellt, die eigentlich nach dem Statut nicht berechtigt war, ich konnte aber nicht so arbeiten, weil ich nicht genügend über die Einzelheiten informiert wurde. Als der 9. November kam, glaube ich, daß der historische Moment die Verantwortung ansichselben sollte und kam deshalb mit meiner abgeplatterten Gruppe wieder zum Verband. Sedmann aber stellte die Bedingung, daß ich zwei Jahre unfähig zur Bekleidung von Ämtern sein sollte. Ich weiß, daß die Berliner Filiale auf meinem Standpunkt und auch hinter meiner Person steht. (Lebhafter Widerspruch bei den Berliner Delegierten.) Die Zersplitterung, die man mir vorwirft, hat dem Verband keinen Schaden zugefügt. (Beifall.)

L. e. n. z. - Berlin: Wenn man uns die Veranstaltung von Sonderkonferenzen zum Vorwurf macht, so bemerke ich darauf, daß die Gauleiter und Angehörigen daselbe Verbrechen begangen haben. Der Vorstand hat den Verbandstag vor vollendete Tatsachen gestellt, indem er noch kurz vorher neue Posten in der Verwaltung befehlet hat. Sedmanns Auftreten in der Berliner Filiale kann nur die Spaltungsbestrebungen fördern, obwohl ich gegen jede Spaltung bin. Wir wollen die Einigkeit aber nicht in dem Sinne unserer jetzigen Führer, sondern auf revolutionärer Grundlage. Wenn die Führer nicht mehr revolutionär sind (Umbreit: Wer entscheidet das?), dann müssen sie gehen. (Beifall bei der Opposition.)

H. e. f. f. e. l. - Leipzig: Wir nehmen das Recht für uns in Anspruch, Sonderbestrebungen abzuhallen, um fruchtbringende Arbeit zu erzielen. Sedmann hat behauptet, die Arbeiter seien freudig in den Krieg gezogen. Das kann er nur für seine Person behaupten. Eine Maßregelung unseres Leipziger Angestellten in dem Sinne, wie die Arbeitgeber Maßregelungen vornehmen, liegt keinesfalls vor. Unsere Angestellten sollen doch nicht den Wertverlust zu uns herausholen, sondern sie sollen das Sprachrohr derjenigen sein, die sie auf ihre Posten gestellt haben. Wenn der Kontakt der Angestellten mit den Mitgliefern verlorengelacht, muß der Angestellte selbstverständlich seinen Posten verlassen. Die politische Meinung der Angestellten färbt natürlich auch auf seine gewerkschaftliche Tattät. Schudardt hat die Verhältnisse ganz eindeutig in seiner Korrespondenz geschildert. Auch der Bericht von Buchelt in Nr. 20 der „Gewerkschaft“ ist durchaus einseitig. Wir roten dem Hauptvorstand, dafür zu sorgen, daß Schudardt den Leipziger Staub von den Füßen schüttelt, er könnte sonst unliebsam mit den Leipziguern zusammengeraten. (Bravo!)

K. o. w. i. t. h. - Thorn: Im großen ganzen können wir mit der Tätigkeit des Vorstandes einverstanden sein. Er hätte sich aber mehr der Kollegen in den staatlichen Betrieben in der Provinz annehmen und Richtlinien zu einem Reichstaxi für sie aufstellen sollen. Die Berliner sollten bedenken, daß der Hauptvorstand des Gesamtinteresses im Auge haben muß und nicht nur nach der Berliner Situation arbeiten kann. In der Zeitung hat auch mit wachsendem nicht gefallen, aber man muß doch zugeben, daß sich ihre Situation im Verhältnis zur Kriegszeit sehr gebessert hat. Wir werden vielleicht schon in kurzer Zeit vom Reich getrennt, aber zum Loschied möchte ich den Berliner zurufen: Seid einig! Von der Diktatur des Proletariats wollen wir nichts wissen, zum Sozialismus führt uns nur die Demokratie. (Beifall.)

W. i. e. n. i. e. - Berlin: Man sollte doch nicht vergessen, welche große Leistungen gerade die Berliner Kollegen für die Gesamtheit vollbracht haben. Sie haben ja auch die Mehrheit des Vorstandes zu wählen. Die Einigung der Arbeiterkass muß gegen die Führer erfolgen, das zeigt das Nürnberger Beispiel. Auf dem Begründungsabend hat Sedmann erst die Opposition provoziert. Der Krieg war eigentlich gegen die Arbeiterkass aller Länder gerichtet, aber

unserer Gewerkschaftsführer haben sich dabei nicht auf die Seite der Arbeiterschaft gestellt, sondern den Burgfrieden mit den Unternehmern abgeschlossen.

Es ist folgende genügend unterstützte Resolution eingegangen:

Der 8. Verbandstag der Gemeinde- und Staatsarbeiter verurteilt die während des Krieges von der Generalkommission der Gewerkschaften Deutschlands gestützte Politik. Er verurteilt die Schreibweise der „Gewerkschaft“ und bedauert, daß der Verbandsvorstand diese Schreibweise gebilligt hat. Er erwartet von der zukünftigen Tätigkeit des Verbandsvorstandes und der Redaktion: Stärkung der Arbeiteropposition im Sinne der revolutionären sozialistischen Gewerkschaftsgrundsätze.

Ka l w e i t - Leipzig: Es ist nicht die Absicht der Opposition, die Gewerkschaftsbewegung zu sprengen, aber wir würden eine klare Arbeiterpolitik und die hat der Vorstand während der Kriegszeit nicht getrieben. Als die Arbeiter durch Streiks ihre Lage verbessern wollten, wurden sie von ihren eigenen Vorständen als Vaterlandsverräter bezeichnet. Dazu kommt der Beitritt zum „Bund für Freiheit und Vaterland“ und die Beteiligung an der Lindendorffspende. Unser Vorstand hat gegen diese Politik der Generalkommission kein Veto eingelegt.

S e i d e r - Dresden: Der Verbandstag sollte mehr Gegenwart- und Zukunftarbeit leisten. Die Fehler der Vergangenheit dürfen nicht allein den Führern in die Schuhe geschoben werden, auch die Masse hat zur gegebenen Zeit ihre geschichtliche Mission nicht erfüllt. Die Staatsarbeiter müssen mehr gedrückt und aufgeklärt werden. Dazu brauchen wir aber neue Kräfte im Verband. Die Gemeinde- und Staatsbetriebe schließen sich neuerdings vielfach den Arbeitsgemeinschaften an, damit sie für ihre Gärtner, Straßenbahner usw. die billigeren Tarife der anderen Verbände vereinbaren können. Die Opposition verlangt immer, die Verbandsleitung solle den Willen der Mehrheit ausführen. Pisher aber hat doch die Opposition gar nicht die Mehrheit hinter sich. Sie deutet nur immer ihren Willen in den Willen der Massen um. (Beifall.)

S i m m e r m a n n - Königsberg schließt sich im allgemeinen Breslau und Lagodzinski an und bemängelt, daß der Hauptvorstand für die neuen Kosten nicht die in Berlin vorhandenen Kräfte herangezogen hat. Die Königsberger Filiale erwartet eine Unterstützung seitens des Hauptvorstandes durch Stellung einer Hilfskraft.

M ü n t n e r - Berlin: Zum Geschäftsbericht ist bisher sehr wenig gesprochen worden. (Sehr richtig!) Wir sind selbstverständlich auch nicht mit allen Maßnahmen des Zentralvorstandes und der Generalkommission einverstanden gewesen, aber das ist ja auch gar nicht denkbar in einer so langen Periode. Die meisten Ausführungen hier gehörten eigentlich mehr auf einen Parteitag. (Sehr richtig!) Lagodzinski hat seine Angelegenheit nicht so dargestellt, wie sie den Tatsachen entspricht. Wer sie genau kennen will, findet sie im März auf Seite 11 des Jahresbericht 1917/18 der Filiale Berlin. Wie waren denn die Dinge, die damals die Spaltung hervorbrachten? Die Filiale Berlin prüft finanziell auf dem letzten Loch. Wir brauchen eine Beitragserschöpfung von 5 Pf. Diese wurde in einer Abstimmung mit 71/87 Proz. der abgegebenen Stimmen beschlossen. Im Petriebe Lagodzinski wurde sie mit allen gegen eine Stimme abgelehnt. (Hört! hört!) Hinterher, um das zu begründen, bemühte man alle möglichen Hinfiese spielen zu lassen. Wir wurden von der Generalversammlung Berlin von der Fristverlängerung, von der erweiterten Verwaltung, gefordert, mit den Kollegen des Gaswerks Schmaragdort in näherer Verbindung zu treten, um zu erfahren, weshalb sie diese Stellung einnahmen. Aber es wurde verhindert, daß die Kollegen überhaupt mit uns zusammenkamen. Eine Versammlung, die stattfand, wurde gequengelt; Leute von uns, die Handzettel verteilten, wurden gewaltsam vertrieben. Lagodzinski ist natürlich kein Esel, er drängt sich auch nicht in den Vordergrund, aber er hat die ursprüngliche Befassung, Pfeile anzufertigen, die andere abschicken. Aus dem Grunde spitzte sich diese ganze Frage so zu.

Die Anregung zur Kriegsanleihezeichnung in unserer Filiale ist von unserem Kassierer Hoffmann ausgegangen, der der intimste Parteigenosse Lagodzinski ist. Lagodzinski hat als Mitglied der Berliner Betriebskrankenkasse für Hunderttausende von Mark Kriegsanleihe gestimmt. (Hört, hört!) Man kann keineswegs sagen, daß die Berliner Filiale seinen Schwaben durch die Absplitterung erlitten habe und Lagodzinski hat auch versucht, andere Werke zur Absplitterung zu bringen. Ja, war dagegen, daß Lagodzinski seinerzeit eine Aarengzeit auferlegt wurde, aber ich werde jeden, der ebenso handelt wie er, scharf befehlen, und ich glaube auch nicht, daß die Berliner Mitglieder vollständig hinter ihm stehen. (Beifall.)

S c h u l z - Berlin: Wegen der gewerkschaftliche Tätigkeit des Hauptvorstandes konnte auch von der Opposition nichts Wesentliches eingemendet werden. Dem Wünderer Antrag auf Verbeiführung einer einheitlichen Organisation können wir durchaus zustimmen. Die Anträge auf Schaffung neuer Gauen sollten dem Vorstand überwiegen werden und der Stuttgarter Antrag auf Einstellung der Zuschüsse an die Berliner und Damburger Filiale gehört zur Statutenberatung. Diese Zuschüsse waren bisher durchaus berechtigt. Gegen ein Verbleiben des Ausschusses in Stuttgart hätten

wir nichts einzuwenden. Die Berliner Opposition sollte mehr überlegen, welche Wirkung ihre Ausführungen auf die neu gewonnenen Mitglieder und auf die Gegner ausüben. Lagodzinski mag viele Ächtlichkeiten haben, wenn die Berliner aber außerdem von ihren Angestellten Treue zum Verband und Ehrlichkeit den Kollegen gegenüber verlangen, dann können sie ihn nicht wählen. Die Berliner Opposition hat gegen unsere Arbeit zwar nichts einzuwenden, aber wenn wir uns als Sozialdemokraten betätigen wollen, dann wird uns wie von einem Unternehmer der Maulkorb vorgebunden. (Hört, hört!) Wir sollten uns mehr den praktischen Aufgaben des Verbandes zuwenden. (Lebhafte Beifall.)

S c h a r l a u - Berlin: Unsere wichtigste Aufgabe ist die vermehrte Agitation unter den Staatsarbeitern, für die eine besondere Reichsaktion geschaffen werden sollte und denen auch in der „Gewerkschaft“ mehr Raum zur Verfügung stehen müßte. Obwohl ich Mehrheitssozialist bin, kann ich die Haltung unseres Organs in der Kriegszeit nicht in allen Punkten billigen. Es ist bedauerlich, daß die Einschränkung der Krankenunterstützung nachher wieder aufgehoben worden ist. Lagodzinski hat sich lediglich durch getränkte Entstellungen seiner organisationschädigenden Handlungsweise bestimmen lassen. Auch die U. S. V. Kollegen in Berlin teilen Lagodzinski Standpunkt nicht. Eduard hat in Leipzig glattweg gemahngelt worden. (Lebhafte Beifall.)

M a r i e F r i e d r i c h - Berlin betont, daß die Tätigkeit des Hauptvorstandes für die Kollegen und Kolleginnen des Pflegepersonals sehr nützlich gewesen sei. Sie geht auf die Verhältnisse dieser Gruppe näher ein. (Diese Ausführungen werden ausführlicher in der „Sanitätswarte“ wiedergegeben.)

R ö t h l i n g - Dortmund begründet kurz den Antrag auf Schaffung eines Gaues in Westfalen mit dem Sitz in Dortmund.

G e h n e r - Berlin wendet sich gegen die Ausführungen des Kollegen Schulz. Daß Lagodzinski dem Verbande den Rücken gekehrt hat, billige ich auch nicht, aber die Hauptschuld lag doch wohl beim Verbandsvorstand. Die Kriegspolitik, die Dittmer getrieben hat, ist schon genügend gebrandmarkt worden.

S t e t t e r - Stuttgart: Den trefflichen Ausführungen der Kollegen Müntner und Schulz kann ich mich nur anschließen. Die Resolution Hertel und Genossen kann in dieser Form nicht angenommen werden. Wir haben keinen Grund, unseren Verbandsinstanzen für ihre Tätigkeit während des Krieges ein Mißtrauensvotum auszusprechen. (Lebhafte Beifall.)

Die weitere Debatte wird nach 3 1/2 Uhr auf Mittwoch vertagt.

Dritter Verhandlungstag.

Zunächst erhält das Wort zu einer kurzen Erklärung im Namen der Berliner Delegierten.

E l i e - Berlin: Kollege Müntner hat gestern zum Fall Lagodzinski gesagt, die Berliner Kollegen, die der Opposition angehören, würden auch die Sache Lagodzinski nicht gutheißen. Hierzu habe ich zu erklären:

Das Urteil über den Fall Lagodzinski in seiner Sache mit dem Hauptvorstand überlassen wir dem Gesamtverbandstag. In Sachen Lagodzinski, betreffend seinen Kampf gegen die Berliner Filiale und die Sprengungsversuche in Berlin müssen wir uns entscheiden auf den Standpunkt stellen, daß das von uns samt und sonders auf das schärfste verurteilt wird. (Lebhafte Beifall.)

Für den Deutschen Gewerkschaftsbund erhält nunmehr das Wort

U m b r e i t - Berlin: Nachdem der Gewerkschafts-Kongress vor kurzem die Politik der Generalkommission und der Vorstände mit einer 72-prozentigen Mehrheit gutgeheißen hat, sollte man annehmen, daß die Opposition jetzt einsinken würde, daß es verlorene Liebesmühe ist, auf diesem Verbandstage sich noch tagelang mit derartigen Debatten zu beschäftigen, denn das Resultat dieser Debatte wird wahrscheinlich das gleiche sein. Wir brauchen solche Auseinandersetzungen nicht zu fürchten, wir stehen auch heute noch zu unserer Kriegspolitik und sind bereit, sie vor jedem Forum zu vertreten. Die Kriegspolitik der Gewerkschaftskongresse ist nur aus der Situation des Krieges selbst heraus zu verstehen. (Sehr richtig!) Ueber die Schuldfrage läßt sich nur ein Urteil fällen, wenn mit der historischen Sonde alle Vorgänge und diplomatischen Aktenstücke bloßgelegt werden können. Die Gewerkschaftsvorstände konnten sich damals nur der Auffassung unserer Reichstagsaktion anschließen und sich, nachdem der Krieg einmal eine unabänderliche Tatsache geworden war, der Kriegsfürsorge zur Verfügung stellen. Daß diese Auffassung auch von den radikalsten Genossen geteilt wurde, beweisen zahlreiche Reden und Artikel der „Leipziger Volkszeitung“ und des damals noch sehr radikalen „Vorwärts“. Medner verliert eine ganze Reihe solcher Notizen. Wenn Sie die Kriegspolitik der Generalkommission für ein Unheil und für eine Ursache der langen Kriegsdauer halten, dann müssen Sie in erster Linie Ihre eigenen radikalen Führer und Organe anklagen, die erst im März 1915 in das andere Extrem hinstürzten und damit erst das größte Unheil im Krieg, die Spaltung der Sozialdemokratie, herbeiführten. Wer soviel Schuld während des Krieges auf sich geladen hat, wie gerade die führenden Organe der heutigen Unabhängigen, sollte die Schuld bei sich selbst suchen und nicht hier ein solches Volksgesicht auf dem Verbandstag herbeirufen wollen. (Lebhafte Beifall.)

G r o ß k o p f - Göttingen: Das Erfurter Programm muß für

die Gewerkschaften maßgebend sein, nicht die verschwommenen Richtlinien des Gewerkschaftstongresses. Der Hauptvorstand müßte bei Anstellungen auch die Opposition berücksichtigen, da würde es besser werden.

Ein Antrag Sorgenfrei-Hamburg auf Schluß der Debatte wird mit 68 gegen 52 Stimmen angenommen, nachdem Auberl-Berlin gegen den Schluß protestiert hat.

Nach persönlichen Bemerkungen kommt ein Telegramm aus Stockholm zur Verlesung, in dem der Vorstand des schwedischen Verbandes bedauert, wegen wichtiger Verhandlungen dem Verbandstag nicht beizubehalten zu können, und in dem er dem Verbandstag und den deutschen Kollegen die besten Glückwünsche und Grüße entbietet. Hierauf folgen die Schlussworte der Referenten.

Marote: Unsere Sektion soll nicht lediglich das Pflegepersonal umfassen, sondern alle in solchen Anstalten Beschäftigten. Die „Sanitätswarte“ soll auch nicht ein völlig selbständiges Organ sein, sondern neben der „Gewerkschaft“ den Mitgliedern zugehen. Die Staatsangestellten haben wir keineswegs vernachlässigt. Wenn dort noch nicht alles in wünschenswerter Weise geregelt ist, so liegt das an der Jugend dieser Bewegung.

Fittmer: Krenzlow hat sein objektives Bild von der Haltung der Gewerkschaft gegeben. Kriegsbriefe habe ich nur deshalb so oft veröffentlicht, weil darin vieles gesagt werden konnte, was sonst die Zensur nicht durchließ. Das gilt auch von den Kriegsberichten, in denen ich mich beispielsweise schon am 7. September 1914 gegen das widerliche Hurra- und Siegesgeschrei gewandt habe. Unbrecht Ausführungen haben gezeigt, daß unsere Haltung während des Krieges doch wesentlich besser war, als die des radikalen „Vorwärts“ und der „Leipziger Volkszeitung“. Redaktion und Vorstand können doch nicht jeder Strömung nachgehen, die nachträglich die wirkliche Massenstimmung von damals wiederkundigen will. Wir mußten bei der Wahrheit bleiben. Gewiß sind Fehler gemacht worden auf allen Seiten und es könnte besonders jetzt manches anders sein. Aber wir haben frühzeitig erkannt, daß die Behauptung der Einigkeit der Arbeiterklasse der allerschwerste Fehler war. (Sehr richtig!) Unser Programm zum Ausbau der „Gewerkschaft“ und „Sanitätswarte“ hat die Billigung des Verbandstages gefunden. Daß die Debatte nicht ohne starken politischen Einschlag bleiben konnte, ist verständlich bei der ganzen Zerrissenheit der Arbeiterbewegung. Die Kollegen der Opposition sollten bedenken, daß in ihren Reihen Zehntausende von Arbeitern sind, die das Abre der gewerkschaftlichen und politischen Organisationsarbeit noch nicht begriffen haben. Die „Arbeitsheit“ hat über 200 000 Leser, während wir selbst in den besten Zeiten vor dem Kriege in Groß-Berlin nur 100 000 organisierte Sozialdemokraten hatten. Wenn wir den einheitlichen Willen zum Ziel der Menschheitsbefreiung durchzuführen wollen, dann müssen wir Toleranz üben. Gegen abweichende Meinungen darf nur der geistige Kampf geführt werden. Wir müssen uns zusammenfinden in gemeinschaftlichen Kampf für die Ziele der politischen und gewerkschaftlichen Arbeiterbewegung, für den Sozialismus. (Lebhafte Beifall.)

Wulky: Scharlau bemängelte, daß der Vorstand die einmal aufgekobene Krankenunterstützung wieder eingeführt hat. Der Vorstand aber hatte gar nicht die Möglichkeit, eine seit Jahren bestehende Unterbringungseinrichtung mit einem Nebenstrich ganz zu beseitigen. (Sehr wahr!) Bei dem Streit Lagodzinski mit dem Vorstand haben Differenzen politischer oder gewerkschaftlicher Art überhaupt keine Rolle gespielt, sondern es handelte sich lediglich darum, daß Lagodzinski glaubte, nachdem Hedmann ins Feld gerückt war, sei er der erfahrene Leiter der Organisation. Er hat dabei uns, die wir im Bureau die schwierigsten Probleme durcharbeiten mußten, mit kleinlichsten und überflüssigsten Forderungen viel schwere Stunden bereitet und uns als Schreiber behandeln wollen, die unter seiner Leitung stünden. Als Muff wollten sich aber Maroke und ich nicht behandeln lassen und wir haben das glatt abgelehnt. Ich habe seinerzeit erst durch lauges Zureden Lagodzinski dahin gebracht, daß er Parteimitglied wurde und als Vertrauensmann in der Organisation Verwendung finden konnte. Er sagte mir, daß er mit der allgemeinen Arbeiterbewegung so gut wie gar keine Führung gehabt habe und mehr durch die Interessen in Anspruch genommen war, die sich aus seiner polnischen Staatenlosigkeit, von der er hier sprach, ergaben. (Hört, hört!) Eine Probe von der neuen gewerkschaftlichen Taktik, die Krenzlow andeutete, haben wir in Reulölln bei einer Bewegung der Gemeinbedarbeiter gefolgt. Ich muß sagen, ich habe mich damals für die Kollegen geschämt, die um Krenzlow herum saßen. Wir wollen die Arbeiterkraft wieder zurückführen auf den Boden der bewährten Organisationsarbeit. (Beifall.)

Hedmann: Gegen den eigentlichen Mechnenschaftsbericht ist wenig gesagt worden. Eine größere Berücksichtigung der Interessen der Staatsarbeiter, wie sie hier gefordert wurde, wird unsererseits erfolgen. Der Vorstand hat auch bereits in Aussicht genommen, einen Gau Köln zu schaffen, und von dort aus soll das linksrheinische Gebiet bearbeitet werden. Auch für das jetzt zum Gau Frankfurt gehörige Gebiet wollen wir einen besonderen Gau errichten. Wir müssen aber die Kollegen von Mainz und Wiesbaden bitten, uns einen geeigneten Gauleiter zu nennen. Wenn München die Schaffung einer Einheitsorganisation bean-

tragt, so stehen wir ja an sich auf diesem Boden. Eine Verständigung mit dem Eisenbahner- und Bergarbeiterverband hierüber wird aber sehr schwierig sein; ich bin damit einverstanden, wenn Sie den Antrag dem Vorstand überweisen. Auch den Antrag auf Schaffung eines Gaus in Dortmund können wir annehmen. Die Anträge Stuttgart, Groß-Berlin und Hamburg werden wir bei der Statutenberatung erledigen können. Es ist mir niemals eingefallen, die Gründung einer Sonderorganisation anzukündigen und ebensowenig bin ich für den Schluß der Kapitalisten eingetreten. Ich kann aus einem Schreiben von Lagodzinski selbst beweisen, daß er ein besoldetes Vorstandsamt angestrebt hat. Wienide hat ja schon angekündigt, die Berliner Opposition würde ja doch die Mehrheit des Vorstandes besetzen. Daron zweifle ich nicht, möchte aber doch fragen, ob mit einer solchen Mehrheit die gewerkschaftlichen Aufgaben des Vorstandes erledigt werden können. Sie haben ja hier gesehen, daß den Berliner Oppositionellen die Gewerkschaftsarbeit ganz piepe ist, sie wollen sich nur parteipolitisch für ihre Richtung betätigen. (Rufe der Opposition: Was nennt Ihr denn Parteipolitisch?) Parteipolitisch ist es, wenn Ihr Eure Beschlüsse aus der Schindlerstrafe besommt und damit in unsere Versammlungen geht. Wir stehen auf sozialistischem Standpunkt, aber fassen den Sozialismus nicht so einseitig auf wie Ihr. (Beifall.) Die Resolution Bertel ist ein Mißtrauensvotum, dessen Annahme uns natürlich zum Austritt zwingen würde. Demn könnten wir ja gleich die ganze Rube der U. S. V. übergeben. (Rufe: Das wollen wir ja!) Ich stelle fest, daß das Eure Absicht ist, ich bezweifle aber, daß die wirtschaftlichen Interessen unserer Kollegen bei einer solchen Führung des Verbandes gewahrt werden. Wir sagen: Die Gewerkschaftsarbeit den Gewerkschaften, der Parteistreit den Parteien! (Lebhafte Beifall.)

Die vorliegenden Anträge kommen hierauf zur Abstimmung. Gegen 1 Stimme wird der Antrag München, betr. Einheitsorganisation, dem Vorstand überwiesen.

Die Anträge Köln, Dortmund und Wiesbaden (Gau einrichtung) werden als erledigt durch die Zusagen des Vorstandes erklärt, ebenso der Antrag Lahr (frühzeitiges Erscheinen der „Gewerkschaft“) durch die Erklärung der Redaktion.

Der Antrag Groß-Berlin betr. Markenerluft wird gegen 1 Stimme dem Vorstand überwiesen.

Die Anträge Galling-Quar („Sanitätswarte“, Sektion des Pflegepersonals), Stuttgart (Zuschüsse an Hamburg und Berlin) und Hamburg (Verlegung des Ausschusses) gehen an die Statutenberatungskommission, ebenso wie ein neu eingegangener Antrag Weigel und Genossen:

Dem § 13, Absatz 1, ist folgendes anzufügen: Auch in solchen Fällen, wo Kollegen infolge politischer Vorgänge inhaftiert werden.

Ueber die Resolution Bertel und Genossen wird namentlich abgestimmt. Die Abstimmung hat folgendes Ergebnis:

Mit ja haben abgestimmt:

- Gau Berlin: Auberl, Manf, Eisk, Gekner, Grunau, Gürne, Hertel, Mahn, Lagodzinski, Lenz, Link, Lubke, Nawa, Näge, Ritsche, Krenzlow, Schulz-Grünenwald, Wienide, Wanger, Gau Königsberg: Wuid, Zimmermann, Keinge, Gau Bremen: Hoffmann, Deuers, Meyer, Aust, Gau Hannover: Großkopf, Gau Düsseldorf: Bergmann, Ringen, Voßmann, Clemens, Paffel, Hohmann, Friedberg, Vorkhoff, Wöhlung, Gau Erfurt: Pawlid, Kroll, Gau Leipzig: Gessel, Kalweit, Siegel, Kahnt, Walther, Gau Nürnberg: Rüdner, Gau München: Erhard, Forster, Gaff, H. Moser, Red, L. Moser, Gau Frankfurt a. M.: Hilbert, Kirsch, Wegner, Gau Stuttgart: Lang, Rog.

Mit nein haben gestimmt:

- Gau Berlin: Bräuer, Drens, Giffert (erklärt später mit ja), Friedrich, Depprich, Kammermeyer, Kiel, Krüger, Langner, Scharlau, Schulz, Gau Brandenburg: Mothes, Denckler, Müller, Gau Breslau: Conrad, Hindemith, Horn, Krejci, Langner, Lüttig, Reichelt, Schulke, Stenzel, Rudat, Härtel, Gau Danzig: Herwin, Nowiski, Gau Slettin: Pregas, Reimich, Gau Lübeck: Eulers, Glup, Richter, Frisch, Paulsen, Bornmann, Gau Bremen: Kühne, Gau Hannover: Kürgens, Binder, Auel, Schopp, Fuhrmann, Gau Hamburg: Beger, Frank, Gaetens, Heimig, Hinrichs, Hohn, Janßen, Meinert, Krampf, Paqelis, Riefen, Sorgenfrei, Schleiing, Schmalfeldt, Werner, Gau Magdeburg: Schmidt, Körner, Weister, Grünner, Gau Düsseldorf: Höllen, Kalkusch, Gau Leipzig: Löffig, Berner, Gau Dresden: Heider, Kofke, Richter, Wolf, Scheunig, Probe, Gau Nürnberg: Golle, Aebler, Bay, Gau München: Post, G. Roier, Weig, Wittich, Dimpel, Jollitsch, Weber, Gau Frankfurt: Ande, Kämmler, Reusch, Schneider, Uebe, Berner, Funke, Oberer, Wölter, Sommerlad, Gau Mannheim: Leder, Starf, Rebel, Pöhler, Kämpf, Weber, Gau Karlsruhe: Hanfer, Müller, Steiert, Gau Stuttgart: Steiner, Würder.

Steimer. Stuttgart enthält sich der Stimme. Die Resolution ist also mit 68 gegen 56 Stimmen abgelehnt.

Die Arbeitersekretariate im Deutschen Reich im Jahre 1918.

Von allen kapitalistisch entwickelten Ländern ist das Deutsche Reich unbestritten das Land, welches das vorgeschrittenste System der sozialen Arbeiterversicherung aufzuweisen hat. Die Hervorhebung dieser Tatsache soll keineswegs eine Verherrlichung des Charakters der vergangenen militaristisch-kapitalistischen Herrschaft bedeuten. Aber ihre Unterstreichung erscheint angebracht angesichts der gehässigen Verurteilung der deutschen Nation seitens anderer Völker als Folge der von der früheren autokratischen Regierungsgewalt ausgehenden Machtpolitik. Die klassenbewußte deutsche Arbeitererschaft hatte keinen Anteil an dieser Politik, unter der auch sie gelitten. Sie hat diese Machtpolitik und ihre Träger stets bekämpft, ihnen den Geist der Völkervertriederung entgegengebracht und mit besten Kräften für die Wahrung der Interessen des gesamten Proletariats aller Länder gestritten. Dazu gehört auch der fortgesetzte Kampf, den die deutsche Arbeitererschaft mit jäher Ausdauer um den Ausbau der staatlichen Arbeiterfürsorge geführt hat. Denn, so wenig man auch geneigt war, diese sozialen Reformen zu unterstützen, so war sich doch die Arbeitererschaft völlig einig darüber, daß die soziale Weichenstellung nur eine geringe Abschlagszahlung des Unternehmertums an die ausgebeutete Arbeitererschaft darstellt. Fast vielmehr diese Sozialreform, belastet mit erheblichen organisatorischen Mängeln, nur als das Anfangsstadium einer wirklichen, ihren Zweck erfüllenden Arbeiterfürsorge angesehen werden konnte, ihr Ausbau daher mit allen Kräften betrieben werden müsse.

An diesen Bestrebungen haben die deutschen Gewerkschaften einen hervorragenden Anteil. Sie haben in den Kreisen der Arbeitererschaft das Verständnis für die soziale Versicherungsangelegenheit erweckt und gemeinsam mit der sozialdemokratischen Partei den Kampf um ihre Ausgestaltung geführt. Ursprünglich von den Machthabern geächtet, um der Sozialdemokratie das Wasser abzugraben, ihre Bestrebungen damit und in Verbindung mit einem Ausnahmegericht zunichte zu machen, wurde die soziale Versicherungsangelegenheit umgekehrt sehr bald eine wichtige Waffe in den Händen der Arbeitererschaft, die sie erfolgreich zu führen verstand. Besonders aber haben die Gewerkschaften dazu beigetragen, daß den Arbeitern die ihnen durch die staatliche Versicherung gewährleisteten Rechte auch zuteil wurden. Mit ihren Rechtsberatungsanstalten, den Arbeitersekretariaten und Rechtsauskunftsstellen, schufen sie Institutionen, die dem im Kampfe um seine Rechte stehenden Arbeiter einen wirksamen Beistand leisteten. Und nicht zum wenigsten verdankt man den in der Praxis geschulten Arbeitersekretären die wirksamste Auslegung der gesetzlichen Bestimmungen zugunsten der rechtlosenden Arbeiter und die Aufdeckung der organisatorischen und rechtlichen Mängel des staatlichen Versicherungswesens. Die alljährlichen Statistiken der Arbeitersekretariate und Rechtsauskunftsstellen legen ein breites Zeugnis ab von der reichen Tätigkeit dieser Einrichtungen.

Die Zahl der von den freien Gewerkschaften im Jahre 1918 unterhaltenen Arbeitersekretariate betrug 129 gegen 130 im Vorjahre. Die Sekretariate in Erlangen und Uebereisingen ein, neu errichtet wurde dagegen ein Sekretariat in Detmold für den Landesrat Lippe. Zu der Bestandsziffer zählen auch die neuen den Kreissekretariaten in Braunschweig, Erfurt und Magdeburg eingerichteten Bezirkssekretariate. Die Geschäfte der beiden letzteren wurden jedoch von den Kreissekretariaten mit erledigt. Das Bezirkssekretariat in Braunschweig wurde mit Ablauf des Jahres aufgehoben. Von den gesamten Sekretariaten dienen neun als Bezirkssekretariate und fünf gleichzeitig als Kreis- und Bezirkssekretariate. 12 Sekretariate sind Einrichtungen des Bergarbeiterverbandes und fünf werden von der Generalkommission unterhalten. Die übrigen 112 Sekretariate sind Einrichtungen der Gewerkschaftskartelle, doch wurde das Sekretariat in Hamm, dessen Sekretär eingezogen war, von Angestellten des Bergarbeiterverbandes aufrecht erhalten.

Die Kosten der von den Gewerkschaftskartellen unterhaltenen Sekretariate werden gedeckt durch Beiträge der angeschlossenen Gewerkschaften bzw. von Mitgliedern derselben, doch hat die Generalkommission auch im Jahre 1918 wie in den früheren Kriegsjahren einer erheblichen Anzahl Sekretariaten, die finanziell ungünstig gestellt waren, besonders aber den Bezirkssekretariaten, aus allgemeinen Gewerkschaftsmitteln zum Teil erhebliche Zuschüsse geleistet. Der dauernde Druck des Krieges hat besonders im Vorjahre eine betrübende Wirkung auf die Weiterhaltung der Sekretariate ausgeübt; es haben sich nur 109 an der Statistik durch Einzahlung von Periodsbögen beteiligt, während das Vorjahr 129 berichtende Kartelle aufweist. Von den an der Statistik beteiligten Sekretariaten

wurden 74 von den Gewerkschaftskartellen und 21 von besonderen Aufsichtskommissionen verwaltet, die übrigen unterstehen den beteiligten Organisationen. Die Kosten der Sekretariate der Gewerkschaftskartelle werden in 80 Fällen aus der Kartellkasse bestritten, darunter in 30 Fällen durch besondere für das Sekretariat festgesetzte Beitragseinzahlungen, deren Ertrag jedoch den Kartellkassen zugeführt wird. In 14 weiteren Fällen erfolgt die Kostenbedeckung durch Erhebung besonderer Beiträge von den angeschlossenen Mitgliedern, deren Ertrag den Sekretariaten direkt zufließt; es sind das die Sekretariate mit einer eigenen von dem Kartell unabhängigen Massenführung.

Angaben über Einnahmen und Ausgaben liegen von 103 Sekretariaten vor. Diese verzeichnen eine Gesamteinnahme von 790 543 M. (1917: 606 274 M.) und eine Gesamtausgabe von 763 831 M. (1917: 630 602 M.). Trotz geringerer Beteiligung an der Statistik stellen sich demnach die Kosten der Sekretariate 1918 erheblich höher als im Vorjahre, sie haben sich in der Ausgabe um 138 229 M. vermehrt. Von den Einnahmen kamen 531 980 M. aus den Kartellkassen, 30 862 M. aus direkt für die Sekretariate geleisteten Beiträgen und 47 185 M. aus den Kassen der beteiligten Organisationen. Zuschüsse von der Generalkommission aus allgemeinen Gewerkschaftsmitteln, einmalige und laufende, erhielten 52 Sekretariate im Gesamtbetrage von 85 140 M. Von Parteiorganisationen wurden 22 Sekretariate mit insgesamt 7008 M. unterstützt. 16 weitere Sekretariate belamen besondere Zuwendungen von Arbeiterunternehmungen und Genossenschaften, die zusammen 33 055 M. ausmachten. Aus Gemeindegeldern wurden 17 Sekretariate im Gesamtbetrage von 15 722 M. gewährt; es erhielten im einzelnen: Altenburg (S.-A.) 1152 M., Bamberg 195 M., Bayreuth 1300 M., Breslau 1000 M., Cassel 1200 M., Celle 400 M., Eßlingen 375 M., Freiberg i. V. 300 M., Fürth i. V. 1500 M., Heidelberg 300 M., Hof i. Bay. 600 M., Karlsruhe 1100 M. (darunter 300 M. vom Staat), Ludwigshafen 600 M., Mainz 1200 M., Mannheim 2500 M., Mühlhagen-Wilhelmshaven 1500 M. und Weiskensfeld 200 M. Von den Ausgaben kommen 473 305 M. auf Gehälter, 85 069 M. auf Unterhaltung der Bureaus und 89 569 M. auf den Posten Bibliothek, Handbücher und Druckkosten.

Die Tätigkeit der Sekretariate bewegte sich 1918 in dem gleichen Rahmen wie in den Vorjahren. Im Vordergrund steht die Auskunftserteilung. Von den in der Statistik vertretenen 129 Sekretariaten erteilten 77 Auskünfte an alle Auskunftsuchenden, 15 beschränkten die Auskunftserteilung auf gewerkschaftlich organisierte und deren Angehörige, und 17 auf gewerkschaftlich und politisch organisierte und deren Angehörige. Obgleich für das Jahr 1918 zehn Sekretariate weniger berichtet, sind die Zahlen der Auskunftsuchenden und der erteilten Auskünfte erheblich höher als im Vorjahre. Die Quantität der Sekretariate hat sich demnach gesteigert. Wie sich die Tätigkeit der Sekretariate während der Kriegsjahre gestaltet hat, läßt die nachfolgende Zusammenstellung erkennen.

Jahr	Insgesamt	Auskunftsuchende		erteilte Auskünfte	Ansprüchige Schließliche
		darunter männliche	weibliche Zahl in Proz.		
1913	683400	546816	110934	17,0	1256092
1914	646475	496849	142845	23,0	692400
1915	585048	277380	229077	44,6	568967
1916	526805	151420	241290	40,0	558947
1917	511768	252741	224361	47,0	544521
1918	580695	276480	212406	43,4	568568

Es nahmen 1918 330 695 Personen die Sekretariate in Anspruch gegen 311 763 im Vorjahre. Seit 1913 bis 1917 ist ein ständiger Rückgang in der Zahl der Auskunftsuchenden zu verzeichnen, eine Erscheinung, die als eine Folge des Krieges anzusehen ist, da durch ihn Millionen von Menschen dem Erwerbsleben entzogen wurden. Der im November eingetretene Waffenstillstand, das Zurückfluten der Massen aus dem Felde wird sofort auf die Steigerung der Frequenz eingewirkt haben. Von allen Auskunftsuchenden waren 488 226 = 82,1 Prozent der Gesamtzahl Arbeitnehmer und 40 619 Personen gehörten anderen Bevölkerungsklassen an, außerdem wurden die Sekretariate in 1550 Fällen von Behörden und Verwaltungsstellen in Anspruch genommen. Von den gesamten Auskunftsuchenden waren 305 985 = 57,7 Prozent gewerkschaftlich organisiert, 129 212 wohnten nicht am Orte des Sekretariats, sondern kamen von auswärts. Die Gesamtzahl der registrierten Fälle belief sich auf 528 979 gegen 510 000 im Vorjahre. Der Anteil der weiblichen Auskunftsuchenden an dem Bestand der Sekretariate im Verhältnis zu der Gesamtzahl der Arbeitnehmer, der von 17 Prozent im Jahre 1913 bis auf 47 Prozent im Jahre 1917 gestiegen war, ist im Berichtsjahre auf 43,4 Prozent zurückgegangen. Die Senkung

dieser Anteilsgiffer wird durch die stärkere Inanspruchnahme der Sekretariate seitens der aus dem Felde zurückgekehrten Männer bewirkt worden sein.

Die Zahl der Auskünfte betrug 563.558 gegen 544.521 im Vorjahre. Während 1917 auf jedes Sekretariat im Durchschnitt 4675 Auskünfte kamen, stellt sich im Berichtsjahre die Zahl auf 5170. Von den gesamten Auskünften im Jahre 1918 wurden 506.632 mündlich und 57.323 schriftlich erteilt. Von den Auskünften betrafen 103.905 die Arbeiterversicherung, 65.195 den Arbeits- und Dienstvertrag, 135.167 das Bürgerliche Recht, 156.868 Gemeinde- und Staatsangelegenheiten, 25.710 das Strafrecht, 1367 das Vereins- und Versammlungsrecht, 4.336 die Arbeiterbewegung, 4509 die Privatversicherung, 3213 Handels- und Gewerbeachen, 17.000 Unterstützungsanliegenheiten der Familien von Kriegsteilnehmern und 11.411 sonstige Sachen. Die Auskünfte in Unfallversicherungstragen machen mit 52.436 Fällen aller in dem Gebiete der Arbeiterversicherung erteilten Auskünfte aus. Es kommen dann weiter auf die Krankenversicherung 21.631, auf das Knappschafts- wesen 2771 und auf die Invaliden- und Privatangelegenheitsversicherung 26.675 Auskünfte.

Eine über die Auskunfterteilung hinausgehende weitere Rechts- hilfe gewähren von den an der Berichterstattung beteiligten Sekre- tariaten 50 allen Auskunftsuchenden, 19 nur den gewerkschaftlich organisierten und deren Angehörigen und 36 den gewerkschaftlich und politisch organisierten und deren Angehörigen.

Die Zahl der ausgefertigten Schriftsätze beläuft sich auf 157.138. 1917 waren es 166.317. Im Gegensatz zu den Auskünften ist also gegen das Vorjahr eine Verminderung der Schriftsätze und zwar um 9179 eingetreten. Dabei ist zu berück- sichtigen, daß in der diesjährigen Statistik 10 Sekretariate fehlen, die im Vorjahre zusammen 16.135 Auskünfte und 6151 Schriftsätze zählten. Tatsächlich ist bei den Schriftsätzen wie bei den Aus- künften der Durchschnittsanteil der einzelnen Sekretariate daran 1918 höher als im Vorjahre. Es kamen auf jedes Sekretariat 1917 1397 Schriftsätze, 1918 dagegen 1441. Von den angefertigten Schrift- sätzen betrafen 30.569 die Arbeiterversicherung, 12.600 den Arbeits- und Dienstvertrag, 19.735 das Bürgerliche Recht, 37.256 Gemeinde- und Staatsangelegenheiten, 7067 das Strafrecht, 31.640 Unter- stützungssachen der Familien von Kriegsteilnehmern und 10.660 sonstige Sachen. Obgleich die Zahl der Schriftsätze hinter der des Vorjahres zurückbleibt, ist bei denen, die Gemeinde- und Staatsange- legenheiten betreffen, eine Vermehrung von 781 eingetreten, ihr Anteil an der Gesamtzahl erhöhte sich von 22,9 auf 24,9 Prozent. Die Schriftsätze, welche das Gebiet des Strafrechts betreffen, weisen gleichfalls eine Steigerung, jedoch nur eine geringfügige, auf. Bei den übrigen Sachgebieten erfolgte eine Verminderung der Schrift- sätze, die auf dem Gebiete der Arbeiterversicherung am stärksten ist. Diese Schriftsätze machen 1918 20,4 Prozent der gesamten Zahl aus und blieben gegen das Vorjahr um 4612 zurück.

Über persönliche Vertretungen von Rechts- freistellenden vor Ämtern, Gerichten und Verwaltungs- behörden machten 80 Sekretariate Angaben. Es wurden insgesamt 4315 Vertretungen ausgeübt gegen 4274 im Vorjahre. Es fanden Vertretungen statt in 290 Fällen vor Richterungskämtern, in 2191 Fällen vor Oberverwaltungsämtern, in 153 Fällen vor Landesver- sicherungskämtern, in 603 Fällen vor Gewerbe- und Kaufmanns- gerichten, in 224 Fällen vor Amtsgerichten und in 679 Fällen vor Verwaltungsbehörden und -gerichten. Die Zahl der wahrgenom- menen Termine beträgt 4614.

Über den Erfolg, den die Sekretariate in den von ihnen ver- tretenen Rechtsfällen erzielten, machten 74 Mitteilungen. Fiezen wurden in 29.101 Fällen der Ausgang des Rechtsstreites bekannt. Davon waren 21.325 erfolgreich und 7773 blieben erfolglos. Von den mit Erfolg vertretenen Fällen betrafen 2074 die Unfallverfiche- rung, 1.326 die Krankenversicherung, 1390 die Invalidenversicherung und 3302 den Arbeits- und Dienstvertrag. Da den Sekretariaten der Ausgang der von ihnen vertretenen Rechtsfälle nur in verhält- nismäßig wenig Fällen bekannt wird, so haben die vorstehenden An- gaben nur einen bedingten Wert und können sichere Schlüsse daraus nicht gezogen werden.

Die Zahl der Auskunftsstellen der Gewerkschafts- tarstelle hat sich während der Kriegsjahre stark verringert. Das Jahr 1913 weist mit 232 Stellen die Höchstzahl von allen Berichtsjahren seit 1905 auf. Im Vorjahre waren 122 bezeichnet und für das Jahr 1918 liegen von 107 Auskunftsstellen Berichte vor. Aller- dings ist anzunehmen, daß die Zahl der tätig gemessenen Auskunfts- stellen höher ist, in vielen Fällen unterließ die Einreichung eines Berichtes, weil Anzeigen über die Zahl und Art der Vor- gänge nicht gemacht wurden. Die starke Reduzierung des Mit- telerwerbes an kleineren und mittleren Orten und der Entzug

von leitenden Kräften hat die Zahl der Auskunftsstellen erheblich dezimiert. Nunmehr wird wieder eine Aufwärtsbewegung ein- treten; zahlreiche Startelle teilen die Wiederaufnahme der Tätigkeit ihrer Auskunftsstellen mit. Von den an der Statistik beteiligten 107 Stellen erteilten 92 mündliche Auskunft an alle Auskunftsuchen- den und 22 nur an Gewerkschaftsmitglieder. Über Auskunft- erteilung berichteten 97 Stellen. Diese bezeichnen zusammen 37.235 Auskünfte, davon betrafen 4980 die Arbeiterversicherung ein- schließlich der Privatangelegenheitsversicherung, 2628 den Arbeits- und Dienstvertrag, 3397 das Bürgerliche Recht, 15.006 Gemeinde- und Staatsangelegenheiten, 1281 das Strafrecht, 1019 die Arbeiter- bewegung, 503 die Privatversicherung und 4762 andere Angelegen- heiten. Von 6 Auskunftsstellen mit zusammen 3279 Auskünften lagen Spezialangaben nicht vor. Schriftsätze wurden 14.520 angefertigt und 189 Vertretungen vor Ämtern und Gerichten usw. ausgeübt.

Über den Bestand und die Tätigkeit seiner Rechtsberatungs- einrichtungen im Jahre 1918 berichtet der Zentralrat der Deutschen Gewerksvereine in Nr. 13/14 des Zentralorgans „Der Gewerksverein“. In dem Bericht wird gesagt, daß sich die Wirkungen des Krieges auch auf die Statistik des Jahres 1918 noch recht bemerkbar mache. Während 1917 30 Rechtsberatungs- stellen berichteten, weist der diesjährige nur 28 auf. Zu Anfang des Krieges waren 10 Arbeitersekretariate, 37 Rechtsauskunftsstellen und 12 Auskunftsbüros vorhanden. Vielesch unterließ die Be- richterstattung, weil der Leiter der Rechtsberatungsstelle einbezogen war und bis zu seiner Rückkehr aus dem Felde die Materieung nebenamtlich erfolgte. Angaben über ihre Tätigkeit machten 5 Ar- beitersekretariate, 18 Rechtsauskunftsstellen und 5 Auskunftsbü- reaus. Diese Stellen bezeichnen insgesamt 2.539 Auskünfte, von denen 19.393 mündlich und 2006 schriftlich erteilt wurden. Von den Auskünften betrafen die Arbeiterversicherung 5795, den Arbeits- und Dienstvertrag 4065, das Bürgerliche Recht 3178, das Strafrecht 886, Gemeinde- und Staatsangelegenheiten 6448, die Arbeiter- bewegung 1987. Schriftsätze wurden 5612 angefertigt. Vertretungen vor Instanzen fanden 211 statt, darunter 129 in Arbeiterverfiche- rungsämtern, 27 vor dem Gewerbegericht und 55 in sonstigen Gerichten. Das Ergebnis der persönlich vertretenen Sachen war in 76 Fällen ein voller Erfolg und in 75 Fällen ein Teilerfolg. Die Zahl der Auskunftsuchenden ist in der Statistik der Zahl der Auskünfte gleich- gestellt. Von den Auskunftsuchenden waren 16.296 männlich und 5973 weiblichen Geschlechts. Gewerkschaftlich organisiert waren 19.375 Auskunftsuchende, davon gehörten 18.519 den Gewerksvereinen, 305 den freien Gewerkschaften, 10 den ärztlichen Gewerkschaften und 211 sonstigen Gewerkschaften an.

Von den christlichen Gewerkschaften liegen Angaben über die Tätigkeit ihrer Rechtsauskunftsstellen für 1918 nicht vor.

• Aus unserer Bewegung •

Darmstadt. In den letzten Augusttagen waren die Gemüter unserer Bevölkerung stark erregt, da ein Ausstand der städtischen Arbeiter drohte. Eine lebhafte einstimmige Kundgebung im Gewerkschaftsbandgarten, von über 500 Kollegen besucht, bewirkte, daß am 27. August 300 Mark einmalige Beihilfe ausbezahlt wurden, was ein Vorschuß von der vom Staat noch zu bestimmenden Be- schaffungsbeihilfe darstellt. Dadurch wurde Ruhe hergestellt und die Verhandlung einer schwierigen Situation entbunden! Ein Nachklang zu dieser Bewegung sind nun folgende Vorgänge, die sich in den Tagen, wo die Streikatmosferae groß war, entwickelten. In der Raugewerkschule ließen Offiziere a. D. die 17-20jährigen Schüler in Listen einzeichnen, die sich damit verpflichteten, bei eventuellem Ausstand der Gas- und Elektrizitätsarbeiter einzusehen, und nach Möglichkeit die Betriebe aufrechtzuerhalten. Gegen Unfallsfälle wurde den Schülern eine Rente zugesichert. Auch in der städtischen Gewerkschule spielte sich der gleiche Vorgang ab, jedoch lebten hier Lehrer und Schüler solches Ansuchen aus Kon- sequenzgründen ab. Die sozialdemokratische Stadtratsfraktion legte gegen dieses Vorhaben bei der Stadterwaltung allerhöchsten Protest ein. Den städtischen Arbeitern von Darmstadt beweist das, wie immer noch reaktionäre Elemente heute die Arbeiterschaft in den Rücken fallen wollen. Aber diese Herren hätten die Gas- und Elektrizitätsbetriebe nicht aufrechterhalten können und ihren Streikbrecherdienst mit einem Häßlichen Meißel bezahlen müssen! Alle Kollegen seien deshalb aufgerufen, mitzuarbeiten an dem Kampf gegen diese Rückwärtler.

Dortmund. In einer gut besuchten Versammlung am 1. Sep- tember nahmen die Mitglieder der 3 Kommissionen des Dortmunder Wasserwerks Stellung zum neuen Lohnstarif. Kollege Gorn gab den Bericht von der Arbeiterentschuldigung. Der Tarifvertrag der Gas-, Wasser- und Elektrizitätswerte sei nur unter Vorbehalt von

Sanleiter **De Vink** unterschrieben worden, also nur dann erst tritt er in Kraft, wenn die sozialen Einrichtungen, so wie diese der Tarifvertrag der Städtevereinigung vorsieht, auch auf die städtischen Gas-, Wasser- und Elektrizitätswerke voll übernommen werden. Die Direktion handelt in diesem Sinne und erklärte dem Ausschuss, die sozialen Einrichtungen des Städtearbeits voll zu übernehmen. Die Lohnsteigerung wurde auf ein Jahr festgesetzt mit je 4-jährlicher Zulage, so daß, wenn der Arbeiter ein Jahr im Betrieb ist, er den Höchstlohn erreicht hat. Ferner sind diesmal nur drei Lohngruppen festgesetzt worden, so daß eine Vertiefung der Kollegen in diesem Punkte wohl eingetreten sein kann. Die Abzüge für die sozialen Einrichtungen werden nicht mehr gemacht; nur für die Pensionskasse ist ein Beitrag von 2 Prozent zu leisten, welcher vom Lohn in Abzug gebracht wird; dagegen findet eine Rückzahlung der 3/8 Prozent vom 1. Juli 1919 ab statt. Eine neue Ruhegehaltsordnung wird von einer besonderen Kommission mit den Städtevertretern ausgearbeitet und soll vom Januar nächsten Jahres in den Tarif neu aufgenommen werden. Die Wochenferientage werden voll bezahlt und in puncto Urlaub ist es für dieses Jahr beim alten geblieben, nur eine Staffel ist eingeschoben worden, nach 7 Jahren 10 Tage Urlaub. Alles andere ist geblieben mit einigen Veränderungen und Erläuterungen. Tageslohn ist eine Verschärfung eingetreten. Es wird bei Krankheit nicht mehr der voll. Differenzbetrag weiterbezahlt, sondern nur 66%, 75 und 80 Prozent. Diese Maßnahme haben die Kollegen denjenigen zu verdanken, die es vorhanden haben, diese Einrichtung zu mißbrauchen; meistens sind es solche Kollegen, die erst kurze Zeit in städtischen Betrieben beschäftigt sind. Es ist Pflicht aller Vertrauensleute und Kollegen, fortan streng darauf zu achten, daß fernerhin diesen Mißbrauch mit allen Mitteln entgegengetreten wird, damit bei zukünftigen Verhandlungen einer weiteren Reduzierung nicht die Bahn freigemacht wird. Für die nicht städtischen Arbeiter wird die nächste Arbeiterauskunftung eine Regelung bringen. Die Kollegen erkannten sich mit den getroffenen Vereinbarungen einverstanden. Daraus folgte eine lebhaft Diskussion über die Organisationszugehörigkeit ein. Sämtliche Redner wiesen auf den Beschluß des Gewerkschafts-Kongresses hin, welcher dem Gemeindefacharbeiterverband die Betriebsorganisation zuerkennt, daß also alle anders organisierten Kollegen zu uns überzutreten lassen müssen; denn nur durch eine Organisation werden die Interessen der Arbeiter am besten vertreten, als wenn mehrere Verbände am Verhandlungstisch sitzen. Der Arbeiterauskunft wurde beantragt, sofort an die betreffenden Kollegen heranzutreten. Eine Beschwärde über die angebliche Minderheit der Bumpstator, Dengsen, und deren widerliches Verhalten der Arbeiterkassier gegenüber wurde dem Arbeiterauskunft zur sofortigen Reduzierung übertragen und die Entlassung dieser Person bis zum 3. September gefordert, andernfalls eine Arbeitsmiederlegung dieserhalb nicht zu vermeiden ist. Jede Kleinigkeit, die die Kassier erlaubt, wird von ihr sofort gemeldet. Es ist höchste Zeit, daß sie beschwichtigt. Nachdem noch ein Antrag eingebracht wurde, der die Arbeiter für die Wintermonate geregelt haben will, fand die Versammlung ihr Ende.

Rülheim (Ruhr). In der Versammlung am 2. September sprach Gewerkschaftssekretär **Kempfer** über: „Freie Organisation oder drückende Organisation“. Es wurde alsdann beschlossen, die Versammlungen jeden ersten Dienstag im Monat, 7 bis 10 Uhr, im Lokal des Herrn Kießfuß, Aufhofstraße, stattfinden zu lassen. Dort erfolgt gleichzeitig Zahlung der Beiträge und Abschnepfung der Marken.

Schwelm. Am 12. Juli erfolgte hier die Gründung einer Filiale unseres Verbandes mit einer Mitgliederzahl von 38. In den Vorstand wurden gewählt als 1. Vorsitzender Kollege **Emil Dehnert**, 2. Vorsitzender Kollege **Gustav Michel**, 1. Kassierer Kollege **Emil Dognart**, 2. Kassierer Kollege **Karl Knäpper**, Schriftführer Kollege **Demrich Blank**, 1. Revisor Kollege **Gustav Michel**, 2. Revisor Kollege **Christian Wittenborn**, als Revisoren die Kollegen **Adolf Krüger** und **Heinrich Günther**. Es wurde beschlossen, bis 1. August die Mitgliedsbücher der früheren Organisation in Ordnung zu bringen. Am 26. Juli fand eine gutbesuchte Agitationsversammlung statt. Erfreulicherweise hatten sich in dieser auch die Kollegen von **Gewelsberg, Rülpe, Vörde, Altenvörde** und **Langenfelde** eingeladen. Kollege **Veragel**, Düsseldorf sprach über: „Die Notwendigkeit der Organisation“. In der Diskussion schilderten die **Gewelsberger** Kollegen ihre misslichen Zustände und wünschten, daß möglichst bald bei ihnen eine Versammlung abgehalten würde, in der sich die Kollegen von **Rülpe** und **Vörde** angeschlossen hätten. Es wurde im allgemeinen gewünscht, den ganzen Kreis Schwelm in eine Filiale zu vereinen. Am 22. August fand in **Gewelsberg** die gewünschte Mitgliederversammlung statt. Kollege **Veragel** sprach über „Zugehörigkeit der Kommunalarbeiter zum Gemeindefacharbeiterverband“. Kollege **Dehnert** berichtete dann, daß sich ein Arbeitsauskunft gebildet habe, der es sich zur Aufgabe gestellt hat, die zurückgebliebenen Arbeitzeug auf einheitlicher Grundlage im ganzen Kreis Schwelm zu organisieren. Freie Arbeiter hatten sich zunächst im Verband fehlenden Arbeitsmiederlegungen; inzwischen, je auch unsere Filiale, angeschlossen. Auch in dieser Versammlung wurden 26 Neuaufnahmen gemacht.

• Aus den deutschen Gewerkschaften •

Polen Gewerkschaftskongress in Bromberg. Am 20. Juli tagte in Bromberg für die an Polen abzutretenden Gebiete ein Gewerkschaftskongress, um darüber zu beraten, welche Einrichtungen zu schaffen sind, um den Gewerkschaftsorganisationen die Möglichkeit zu geben, auch in dem neuen Staatsgebiet ihre Aufgaben zu erfüllen. Der Vorsitzende der Agitationskommission für die Provinz Posen, Genosse **Stoeffel**, hielt dazu ein Referat über „Die Gewerkschaften im neuen Staatsgebiet Polen“, aus dem wir folgendes wiedergeben:

„Der soeben abgeschlossene Friedensvertrag tritt nach seinen Ausführungsbestimmungen dann in Kraft, wenn das Deutsche Reich und drei große Entente-konten ihn angenommen und an der Unterzeichnungsstelle in Paris ratifiziert haben. Bierzehn Tage später erfolgt dann die Uebergabe des abgetretenen Gebiets. Für Deutschland ist die Ratifizierung bereits erfolgt, wenn diese für die drei Entente-konten erfolgt, steht noch nicht fest. Wir müssen aber heute schon mit dem letzten Termin rechnen und hier Einrichtungen treffen, die es uns ermöglichen, zeitig dazu Stellung zu nehmen, in welcher Weise wir unsere Gewerkschaften im neuen Staate Polen ausbauen wollen. Wir müssen eine Form finden, die uns unsere begründeten Rechte in der Zukunft erhält. Wir haben uns zu diesem Zweck an die betreffenden Kreise gewandt und der deutschen Gewerkschaftskonferenz in Nürnberg Vorschläge zur Beschlußfassung unterbreitet, welche Einrichtungen wir im Fall einer Abtretung an Polen treffen müssen, falls die Verbindungen des an Polen abzutretenden Gebiets von der polnischen Staatsregierung unterbunden werden. Wir haben ganz bestimmte Vorschläge eingebracht, die die einmütige Zustimmung des deutschen Gewerkschafts-Kongresses gefunden haben. Diese Vorschläge waren: Für das gesamte in Frage kommende Gebiet ist eine Zentrale, welche aus neun Personen besteht, mit dem Sitz in Bromberg zu errichten. Ferner haben wir die Anerkennung der in den deutschen Gewerkschaften erworbenen Mitgliedsrechte in Bezug auf finanzielle Unterstellungen bis zum 1. Oktober 1920 gefordert. Sämtlich soll ein gemeinschaftliches Gewerkschaftsorgan geschaffen werden. Als nächstliegende Aufgaben sollen der Zentralkommission zugewiesen werden: a) die Erhaltung aller Gewerkschaftsfilialen und deren Vereinigung in der Zentrale, b) Zentralisation und Verwaltung des gesamten Massenweises durch die Zentrale, c) Vermittlung der mit den deutschen Gewerkschaften zu erledigenden Geschäfte bis zur endgültigen Auseinandersetzung, d) Herausgabe und Verwaltung des Gewerkschaftsorgans, e) die Schaffung eines Gewerkschaftsbundes. Auf Grund dieser uns genehmigten Unterlagen haben wir dann eine Vorlesung einberufen und dieser einen Statutenentwurf vorgelegt, den die Vorlesungsgutgeheßen und der Ähren heute im Borentwurf vorliegt. Es ist dies ein Maßnahmen, der es uns ermöglicht, die bestehenden Gewerkschaftseinrichtungen als Einrichtungen des neuen Zentralverbandes mit in den neuen Staat hinüberzunehmen.

Es ließ sich nicht von heute auf morgen machen, ein neues Gewerkschaftsunternehmen zu schaffen, wir wußten ja auch nicht, ob wir unter der neuen Regierung nicht von unseren deutschen Einrichtungen völlig abgetrennt würden. Das müssen wir heute ausdrücklich feststellen. Und für diese bestimmte Uebergangszeit mußten wir alles, was aus den alten Gewerkschaften herüberzunehmen war, herübernehmen. Von einzelnen Seiten ist darauf hingewiesen worden, wir möchten versuchen, einen Anichluß an Polen zu erreichen und unsere Einrichtungen den dortigen Gewerkschaften anzuverleihen. Wir haben in Polen aber auch nicht im entferntesten ein ähnliches Gebilde, und alle diejenigen, die da glauben, es wäre möglich, in Zukunft mit der politischen Vereinigung zusammenzuarbeiten, sind wohl in den letzten Wochen von diesem Gedanken völlig abgekommen. Der Bromberger polnischen Zeitung, dem „*Pracownik Robotniczy*“ verdanken wir einen Artikel, der uns in einer Uebersetzung der Bromberger „*Deutschen Rundschau*“ vorliegt. In diesem Artikel sagt der Führer der polnischen Vereinigung, **Uzarnecki**, im benachbarten Rakel: er wärne vor dem Sozialismus, der sich nicht auf Religion aufbaue, und deshalb bekämpft werden muß. Infolgedessen können wir als freie Gewerkschaften mit derartigen Vereinigungen keinen Zusammenhang herstellen, die sich auf Religion aufbauen und national sein wollen. Wir schlagen deshalb vor, wir wollen den Versuch machen, uns unter der jeweiligen Gesetzgebung so einzurichten, daß uns unsere bisherigen Zustellen ohne weiteres erhalten bleiben. Ferner müssen wir unsere Werbemittel ohne Unterlaß fortsetzen und müssen versuchen, auch den Teil des polnischen Proletariats für uns zu gewinnen, der sich auf unseren Boden stellt. Daß diese Agitation sich auch auf das polnische Gebiet des früheren Reichslands erstrecken wird, ist eine notwendige Folge. Um diese Reihen des polnischen Proletariats wirksam zu machen, müssen wir polnische Redner in die dortigen Gebiete senden, um die dortigen Proletariate vom Fund des Kapitals frei zu bekommen. Zu diesem Zwecke müssen wir auch unsere Zahlstellen weiter ausbauen. Hier in Bromberg wollen wir dann eine Zentrale bilden, da Bromberg hierfür besonders günstig liegt. Nach

dieser Anteilziffer wird durch die stärkere Inanspruchnahme der Sekretariate seitens der aus dem Felde zurückgebliebenen Männer bewirkt worden sein.

Die Zahl der Auskünfte betrug 563 558 gegen 544 521 im Vorjahre. Während 1917 auf jedes Sekretariat im Durchschnitt 4675 Auskünfte kamen, stellt sich im Berichtsjahre die Zahl auf 5170. Von den gesamten Auskünften im Jahre 1918 wurden 503 632 mündlich und 87 323 schriftlich erteilt. Von den Auskünften betrafen 103 905 die Arbeiterversicherung, 65 193 den Arbeits- und Dienstvertrag, 135 167 das Bürgerliche Recht, 156 868 Gemeinde- und Staatsangelegenheiten, 25 710 das Strafrecht, 1307 das Vereins- und Versammlungsrecht, 436 die Arbeiterbewegung, 4509 die Privatversicherung, 3213 Handels- und Gewerkschaften, 47 000 Unterstützungsfällen der Familien von Kriegsteilnehmern und 11 413 sonstige Sachen. Die Auskünfte in Unfallversicherungsfragen machen mit 52 436 Fällen allein die Hälfte aller auf dem Gebiete der Arbeiterversicherung erteilten Auskünfte aus. Es kommen dann weiter auf die Krankenversicherung 21 651, auf das Knappschaftswesen 2771 und auf die Invaliden- und Privatangelegenheitenversicherung 26 075 Auskünfte.

Eine über die Auskunfterteilung hinausgehende weitere Rechts- hilfe gewähren von den an der Verichterhaltung beteiligten Sekretariaten 50 allen Auskunftsjudenden, 19 nur den gewerkschaftlich Organisierten und deren Angehörigen und 36 den gewerkschaftlich und politisch Organisierten und deren Angehörigen.

Die Zahl der ausgearbeiteten Schriftsätze beläuft sich auf 157 138. 1917 waren es 166 317. Im Gegensatz zu den Auskünften ist also gegen das Vorjahr eine Verminderung der Schriftsätze und zwar um 9179 eingetreten. Dabei ist zu berücksichtigen, daß in der diesjährigen Statistik 10 Sekretariate fehlen, die im Vorjahre zusammen 16 135 Auskünfte und 6151 Schriftsätze gählten. Tatsächlich ist bei den Schriftsätzen wie bei den Auskünften der Durchschnittsanteil der einzelnen Sekretariate daran 1918 höher als im Vorjahre. Es kamen auf jedes Sekretariat 1917 1307 Schriftsätze, 1918 dagegen 1441. Von den angefertigten Schriftsätzen betreffen 30 569 die Arbeiterversicherung, 12 600 den Arbeits- und Dienstvertrag, 19 738 das Bürgerliche Recht, 37 256 Gemeinde- und Staatsangelegenheiten, 7097 das Strafrecht, 31 640 Unterstützungsfällen der Familien von Kriegsteilnehmern und 10 660 sonstige Sachen. Obgleich die Zahl der Schriftsätze hinter der des Vorjahres zurückbleibt, ist bei denen, die Gemeinde- und Staatsangelegenheiten betreffen, eine Vermehrung von 781 eingetreten, ihr Anteil an der Gesamtzahl erhöhte sich von 22,9 auf 24,9 Prozent. Die Schriftsätze, welche das Gebiet des Strafrechts betreffen, weisen gleichfalls eine Steigerung, jedoch nur eine geringfügige, auf. Bei den übrigen Sachgebieten erfolgte eine Verminderung der Schriftsätze, die auf dem Gebiete der Arbeiterversicherung am stärksten ist. Diese Schriftsätze machen 1918 20,4 Prozent der gesamten Zahl aus und blieben gegen das Vorjahr um 4612 zurück.

Über persönliche Vertretungen von Rechts- freigestellten vor Ämtern, Gerichten und Verwaltungs- behörden machten 80 Sekretariate Angaben. Es wurden insgesamt 4315 Vertretungen ausgeübt gegen 4274 im Vorjahre. Es fanden Vertretungen statt in 290 Fällen vor Versicherungsämtern, in 2194 Fällen vor Oberversicherungsämtern, in 183 Fällen vor Landesversicherungsämtern, in 603 Fällen vor Gewerbe- und Kaufmannsgerichten, in 224 Fällen vor Amtsgerichten und in 679 Fällen vor Verwaltungsbehörden und -gerichten. Die Zahl der wahrgenommenen Termine beträgt 4614.

Über den Erfolg, den die Sekretariate in den von ihnen vertretenen Rechtsfällen erzielten, machten 74 Mitteilung. Tieren wurden in 29 101 Fällen der Ausgang des Rechtsstreites bekannt. Davon waren 21 328 erfolgreich und 7773 blieben erfolglos. Von den mit Erfolg vertretenen Fällen betrafen 2974 die Unfallversicherung, 1326 die Krankenversicherung, 1390 die Invalidenversicherung und 3302 den Arbeits- und Dienstvertrag. In den Sekretariaten der Ausgang der von ihnen vertretenen Rechtsfälle nur in verhältnismäßig wenig Fällen bekannt wird, so haben die vorstehenden Angaben nur einen bedingten Wert und können sichere Schlüsse daraus nicht gezogen werden.

Die Zahl der Auskunftsstellen der Gewerkschafts- karteile hat sich während der Kriegsjahre stark verringert. Das Jahr 1913 weist mit 232 Stellen die Höchstzahl von allen Berichtsjahren seit 1905 auf. Im Vorjahre waren 122 bezeichnet und für das Jahr 1918 liegen von 107 Auskunftsstellen Berichte vor. Allerdings ist anzunehmen, daß die Zahl der tätig gemessenen Auskunftsstellen höher ist, in vielen Fällen unterblieb die Einreichung eines Berichtes, weil Aufzeichnungen über die Zahl und Art der Vorgänge nicht gemacht wurden. Die starke Reduzierung des Mittelstandes an kleineren und mittleren Orten und der Entzug

von leitenden Kräften hat die Zahl der Auskunftsstellen erheblich dezimiert. Nunmehr wird wieder eine Aufwärtsbewegung ein- treten; zahlreiche Kartelle leisten die Wiederannahme der Tätigkeit ihrer Auskunftsstellen mit. Von den an der Statistik beteiligten 107 Stellen erteilten 92 unentgeltliche Auskunft an alle Auskunftsjudenden und 22 nur an Gewerkschaftsmitglieder. Ueber Auskunfterteilung berichteten 97 Stellen. Diese verzeichnen zusammen 37 256 Auskünfte, davon betrafen 4080 die Arbeiterversicherung einschließlich der Privatangelegenheitenversicherung, 2828 den Arbeits- und Dienstvertrag, 3597 das Bürgerliche Recht, 15 006 Gemeinde- und Staatsangelegenheiten, 1281 das Strafrecht, 1019 die Arbeiterbewegung, 503 die Privatversicherung und 4762 andere Angelegenheiten. Von 6 Auskunftsstellen mit zusammen 3279 Auskünften lagen Spezialangaben nicht vor. Schriftsätze wurden 14 500 angefertigt und 189 Vertretungen vor Ämtern und Gerichten usw. ausgeübt.

Ueber den Bestand und die Tätigkeit seiner Rechtsberatungs- einrichtungen im Jahre 1918 berichtet der Zentralrat der Deutschen Gewerkschaften in Nr. 13/14 des Zentralorgans „Der Gewerkschaft“. In dem Bericht wird gesagt, daß sich die Wirkungen des Krieges auch auf die Statistik des Jahres 1918 noch recht bemerkbar mache. Während 1917 30 Rechtsberatungsstellen berichteten, weist der diesjährige nur 28 auf. Zu Anfang des Krieges waren 10 Arbeitersekretariate, 37 Rechtsauskunftsstellen und 12 Auskunftsbüros vorhanden. Vieles unterblieb die Verichterhaltung, weil der Leiter der Rechtsberatungsstelle einbezogen war und bis zu seiner Rückkehr aus dem Felde die Materielemente nebenamtlich erfolgte. Angaben über ihre Tätigkeit machten 5 Arbeitersekretariate, 18 Rechtsauskunftsstellen und 5 Rechtsauskunftsbüros. Diese Stellen verzeichnen insgesamt 22 559 Auskünfte, von denen 19 393 mündlich und 2066 schriftlich erteilt wurden. Von den Auskünften betrafen die Arbeiterversicherung 5705, den Arbeits- und Dienstvertrag 4065, das Bürgerliche Recht 3178, das Strafrecht 896, Gemeinde- und Staatsangelegenheiten 6448, die Arbeiterbewegung 1987. Schriftsätze wurden 5612 angefertigt. Vertretungen vor Instanzen fanden 211 statt, darunter 129 in Arbeiterversicherungsdingen, 27 vor dem Gewerkschaftsgericht und 55 in sonstigen Sachen. Das Ergebnis der persönlich vertretenen Sachen war in 76 Fällen ein voller Erfolg und in 75 Fällen ein Teilerfolg. Die Zahl der Auskunftsjudenden ist in der Statistik der Zahl der Auskünfte gleichgestellt. Von den Auskunftsjudenden waren 16395 männlich und 5973 weiblichen Geschlechts. Gewerkschaftlich organisiert waren 19 375 Auskunftsjudende, davon gehörten 18 619 den Gewerkschaften, 305 den freien Gewerkschaften, 10 den christlichen Gewerkschaften und 211 sonstigen Gewerkschaften an.

Von den christlichen Gewerkschaften liegen Angaben über die Tätigkeit ihrer Rechtsauskunftsstellen für 1918 nicht vor.

• Aus unierer Bewegung •

Darmstadt. In den letzten Augusttagen waren die Gemüter unserer Bevölkerung stark erregt, da ein Ausstand der städtischen Arbeiter drohte. Eine lebhafte einmündige Kundgebung in Gewerkschaftsbanden, von über 500 Kollegen besucht, bewirkte, daß am 27. August 300 Mark einmalige Beihilfe ausgezahlt wurden, was ein Vorschub von der vom Staat noch zu bestimmenden Beschäftigungsbeihilfe darstellt. Dadurch wurde Ruhe hergestellt und die Verhandlung einer schmerzlichen Situation entbunden! Ein Nachklang zu dieser Bewegung sind nun folgende Vorgänge, die sich in den Tagen, wo die Streikatmosfera groß war, entwickelten. In der Raugewerkschule ließen Offiziere a. D. die 17-jährigen Schüler in Listen einzeichnen, die sich damit verpflichteten, bei eventuellem Ausstand der Gas- und Elektrizitätsarbeiter einzutreten, und nach Möglichkeit die Betriebe aufrechtzuerhalten. Wegen Unklarheiten wurde den Schülern eine Rente zugesichert. Auch in der städtischen Gewerkschule spielte sich der gleiche Vorgang ab, jedoch lebten hier Lehrer und Schüler solcher Ansinnen aus Konsequenzgründen ab. Die sozialdemokratische Stadtratsfraktion legte gegen dieses Vorhaben bei der Stadtbewachung allerhöchsten Protest ein. Den städtischen Arbeitern von Darmstadt beweist das, wie immer noch reaktionäre Elemente heute die Arbeiterschaft in den Rücken fallen wollen. Aber diese Herren hätten die Gas- und Elektrizitätsbetriebe nicht aufrechterhalten können und ihren Streikbrecherdienst mit einem läppischen Heimplatz bezahlen müssen! Alle Kollegen seien deshalb aufgerufen, mitzuarbeiten an dem Kampf gegen diese Rückwärtler.

Dortmund. In einer gut besuchten Versammlung am 1. September nahmen die Kollegen der 3 Kompositionen des Dortmunder Wasserwerks Stellung zum neuen Lohnsatz. Kollege Doern gab den Bericht von der Arbeitermehrkundgebung. Der Tarifvertrag der Gas-, Wasser- und Elektrizitätswerke sei nur unter Vorbehalt vom

Wahlleiter Helm unterzeichnet worden, also nur dann erst tritt er in Kraft, wenn die sozialen Einrichtungen, so wie diese der Tarifvertrag der Städtevereinigungen vorsieht, auch auf die städtischen Gas-, Wasser- und Elektrizitätswerke voll übernommen werden. Die Direktion handelt in diesem Sinne und erklärte dem Ausschuss, die sozialen Einrichtungen des Städtearbeits voll zu übernehmen. Die Lohnsteigerung wurde auf ein Jahr festgesetzt mit je 4jährlicher Zulage, so daß, wenn der Arbeiter ein Jahr im Betrieb ist, er den Höchstlohn erreicht hat. Ferner sind diesmal nur drei Lohngruppen festgesetzt worden, so daß eine Vertiefung der Kollegen in diesem Punkte wohl eingetreten sein kann. Die Abzüge für die sozialen Einrichtungen werden nicht mehr gemacht; nur für die Pensionenkasse ist ein Beitrag von 2 Prozent zu leisten, welcher vom Lohn in Abzug gebracht wird; dagegen findet eine Rückzahlung der 3/4 Prozent vom 1. Juli 1919 ab statt. Eine neue Ruhegehaltsordnung wird von einer besonderen Kommission mit den Städtevertretern ausgearbeitet und soll vom Januar nächsten Jahres in den Tarif neu aufgenommen werden. Die Woduzuseiextage werden voll bezahlt und in puncto Urlaub ist es für dieses Jahr beim alten geblieben, nur eine Staffel ist eingeschoben worden, nach 7 Jahren 10 Tage Urlaub. Alles andere ist geblieben mit einigen Änderungen und Erläuterungen. Taggen ist eine Verschlechterung eingetreten. Es wird bei Krankheit nicht mehr der voll: Differenzbetrag weiterbezahlt, sondern nur 60%, 75 und 80 Prozent. Diese Maßnahme haben die Kollegen denjenigen zu verdanken, die es verstanden haben, diese Einrichtung zu mißbrauchen; meistens sind es solche Kollegen, die erst kurze Zeit in städtischen Betrieben beschäftigt sind. Es ist Pflicht aller Vertrauensleute und Kollegen, fortan streng darauf zu achten, daß fernerhin diesem Mißbrauch mit allen Mitteln entgegengetreten wird, damit bei zukünftigen Verhandlungen einer weiteren Reduzierung nicht die Bahn freigemacht wird. Für die nicht abhängigen Arbeiter wird die nächste Arbeiterausführung eine Regelung bringen. Die Kollegen erörtern sich mit den getroffenen Vereinbarungen einverstanden. Darauf folgte eine lebhaft Diskussion über die Organisationszugehörigkeit ein. Sämtliche Redner weisen auf den Vorschlag des Gewerkschaftsorgans hin, welcher dem Gemeindefacharbeiterverband die Betriebsorganisation zuerkennt, sich also alle anders organisierten Kollegen zu uns überschreiben lassen müssen; denn nur durch eine Organisation werden die Interessen der Arbeiter am besten vertreten, als wenn mehrere Verbände am Verhandlungstische sitzen. Der Arbeiterschied wurde beantragt, sofort an die betreffenden Kollegen herauszutreten. Eine Beschwerde über die angebliche Kontoristik der Bumpstator, Dengelen, und deren widerliches Verhalten der Arbeiterschaft gegenüber wurde dem Arbeiterschied für sofortige Entscheidung übertragen und die Entlassung dieser Person bis zum 3. September gefordert, andernfalls eine Arbeitsniederlegung dieserhalb nicht zu vermeiden ist. Jede Kleinigkeit, die die Tante erlaßt, wird von ihr sofort gemeldet. Es ist höchste Zeit, daß sie verschwindet. Nachdem noch ein Antrag eingebracht wurde, der die Arbeitzeit für die Wintermonate geregelt haben will, fand die Versammlung ihr Ende.

Rülheim (Ruhr). In der Versammlung am 2. September sprach Gewerkschaftssekretär Kempf über: „Freie Organisation oder christliche Organisation“. Es wurde alsdann beschlossen, die Versammlungen jeden ersten Dienstag im Monat, ab 11 Uhr, im Lokal des Herrn Rützfür, Althofstraße, stattfinden zu lassen. Dort erfolgt gleichzeitig Zahlung der Beiträge und Abrechnung der Karten.

Schwelm. Am 12. Juli erfolgte hier die Gründung einer Filiale unseres Verbandes mit einer Mitgliederzahl von 38. In den Vorstand wurden gewählt als 1. Vorsitzender Kollege Emil Dehnert, 2. Vorsitzender Kollege Gustav Michel, 1. Kassierer Kollege Emil Vogart, 2. Kassierer Kollege Karl Knäpper, Schriftführer Kollege Heinrich Blank, 1. Revisor Kollege Gustav Michel, 2. Revisor Kollege Christian Wittenborn, als Revisoren die Kollegen Adolf Krüger und Heinrich Günther. Es wurde beschlossen, bis 1. August die Mitgliedsbücher der früheren Organisation in Ordnung zu bringen. Am 26. Juli fand eine gutbesuchte Agitationsversammlung statt. Erstreckterweise hatten sich in dieser auch die Kollegen von Gemelsberg, Milpe, Körde, Altenvörde und Langersfelde angeschlossen. Kollege Bergel-Düsseldorf sprach über: „Die Notwendigkeit der Organisation.“ In der Diskussion schilderten die Gemelsberger Kollegen ihre mißlichen Zustände und wünschten, daß möglichst bald bei ihnen eine Versammlung abgehalten würde, in der sich die Kollegen von Milpe und Körde anschließen sollen. Es wurde im allgemeinen gewünscht, den ganzen Kreis Schwelm in eine Filiale zu vereinigen. Am 22. August fand in Gemelsberg die gewünschte Mitgliedsversammlung statt. Kollege Bergel sprach über „Zugehörigkeit der Kommunalarbeiter zum Gemeinde- und Staatsarbeiterverband“. Kollege Dehnert berichtete dann, daß sich ein Arbeitsausschuß gebildet habe, der es sich zur Aufgabe gestellt hat, die durchgehende Arbeitszeit auf einheitlicher Grundlage im ganzen Kreis Schwelm durchzuführen. Diesem Ausschuss hatten sich zunächst in Betracht kommende Arbeitsnehmerorganisationen, je nach ihrer Filiale, angeschlossen. Auch in dieser Versammlung wurden 26 Neuaufnahmen gemacht.

♦ Aus den deutschen Gewerkschaften ♦

Rom Gewerkschaftscongreß in Bromberg. Am 20. Juli tagte in Bromberg für die an Polen abzutretenden Gebiete ein Gewerkschaftscongreß, um darüber zu beraten, welche Einrichtungen zu schaffen sind, um den Gewerkschaftsorganisationen die Möglichkeit zu geben, auch in dem neuen Staatsgebiet ihre Aufgaben zu erfüllen. Der Vorsitzende der Agitationskommission für die Provinz Posen, Genosse Eiseffel, hielt dazu ein Referat über „Die Gewerkschaften im neuen Staatsgebiet Polen“, aus dem wir folgendes wiedergeben:

„Der soeben abgeschlossene Friedensvertrag tritt nach seinen Ausführungsbestimmungen dann in Kraft, wenn das Deutsche Reich und drei große Ententestaaten ihn angenommen und an der Unterzeichnungstafel in Paris ratifiziert haben. Bierzehn Tage später erfolgt dann die Uebergabe des abgetretenen Gebiets. Für Deutschland ist die Ratifizierung bereits erfolgt, wenn diese für die drei Ententeländer erfolgt, steht noch nicht fest. Wir müssen aber heute schon mit dem letzten Termin rechnen und hier Einrichtungen treffen, die es uns ermöglichen, zeitig dazu Stellung zu nehmen, in welcher Weise wir unsere Gewerkschaften im neuen Staate Polen ausbauen wollen. Wir müssen eine Form finden, die uns unsere begründeten Rechte in der Zukunft erhält. Wir haben uns zu diesem Zweck an die betreffenden Kreise gewandt und der deutschen Gewerkschaftskonferenz in Nürnberg Vorschläge zur Beschlußfassung unterbreitet, welche Einrichtungen wir im Fall einer Abtretung an Polen treffen müssen, falls die Verbindungen des an Polen abzutretenden Gebiets von der polnischen Staatsregierung unterbunden werden. Wir haben ganz bestimmte Vorschläge eingebracht, die die einmütige Zustimmung des deutschen Gewerkschaftsorgans gefunden haben. Diese Vorschläge waren: Für das gesamte in Frage kommende Gebiet ist eine Zentrale, welche aus neun Personen besteht, mit dem Sitz in Bromberg zu errichten. Ferner haben wir die Anerkennung der in den deutschen Gewerkschaften erworbenen Mitgliederrechte in Bezug auf finanzielle Unterstützung bis zum 1. Oktober 1920 gefordert. Schließlich soll ein gemeinschaftliches Gewerkschaftsorgan geschaffen werden. Als nächstliegende Aufgaben sollen der Zentralkommission zugewiesen werden: a) die Erhaltung aller Gewerkschaftsfilialen und deren Vereinigung in der Zentrale, b) Zentralisation und Vermittlung des gesamten Massenbewegens durch die Zentrale, c) Bestimmung der mit den deutschen Gewerkschaften zu erledigenden Geschäfte bis zur endgültigen Auseinandersetzung, d) Herausgabe und Verwaltung des Gewerkschaftsorgans, e) die Schaffung eines Gewerkschaftsbundes. Auf Grund dieser und geeigneten Unterlagen haben wir dann eine Vorlesung einberufen und dieser einen Statutenentwurf vorgelegt, den die Vorlesung angenommen und der Ihnen heute im Borentwurf vorliegt. Es ist dies ein Rahmen, der es uns ermöglicht, die bestehenden Gewerkschaftseinrichtungen als Einrichtungen des neuen Zentralverbandes mit in den neuen Staat hinüberzunehmen.

Es liegt sich nicht von heute auf morgen machen, ein neues Gewerkschaftsunternehmen zu schaffen, wir mühen ja auch nicht, ob wir unter der neuen Regierung nicht von unseren deutschen Einrichtungen völlig abgetrennt würden. Das müssen wir heute ausdrücklich feststellen. Und für diese bestimmte Uebergangszeit müssen wir alles, was aus den alten Gewerkschaften herüberzunehmen war, herübernehmen. Von einzelnen Seiten ist darauf geltend gemacht worden, wir möchten versuchen, einen Anschluß an Polen zu erreichen und unsere Einrichtungen den dortigen Gewerkschaften anzuverleihen. Wir haben in Polen aber auch nicht im entferntesten ein ähnliches Gebilde, und alle diejenigen, die da glauben, es wäre möglich, in Zukunft mit der politischen Berufsvereinigung zusammenzuarbeiten, sind wohl in den letzten Wochen von diesem Gedanken völlig abgekommen. Der Bromberger polnischen Zeitung, dem „Dziennik Poddaszycki“ verankern wir einen Artikel, der uns in einer Uebersetzung der Bromberger „Ostdeutschen Rundschau“ vorliegt. In diesem Artikel sagt der Führer der polnischen Berufsvereinigung, Gzarnski, im benachbarten Nabel: er warne vor dem Sozialismus, der sich nicht auf Religion aufbaue, und deshalb bekämpft werden muß. Infolgedessen können wir als freie Gewerkschaften mit derartigen Vereinigungen keinen Zusammenhang herstellen, die sich auf Religion aufbauen und national sein wollen. Wir schlagen deshalb vor, wir wollen den Versuch machen, uns unter der jeweiligen Gesetzgebung so einzurichten, daß uns unsere bisherigen Zahlstellen ohne weiteres erhalten bleiben. Ferner müssen wir unsere Werbetätigkeit ohne Unterlass fortsetzen und müssen versuchen, auch den Teil des polnischen Proletariats für uns zu gewinnen, der sich auf unseren Boden stellt. Daß diese Agitation sich auch auf das polnische Gebiet des früheren Reichslands erstrecken wird, ist eine notwendige Folge. Um diese Reihen des polnischen Proletariats wirkungsvoll zu erschließen, müssen wir polnische Redner in die dortigen Gebiete senden, um die dortigen Proletarier vom Trud des Kapitals frei zu bekommen. Zu diesem Zwecke müssen wir auch unsere Zahlstellen weiter ausbauen. Hier in Bromberg wollen wir dann eine Zentrale bilden, da Bromberg hierfür besonders günstig liegt. Nach

hier senden die einzelnen Kreise ihre Abrechnungen. Die zu den Bundesvorstand gehen, auch die aus den früheren Gebieten Montargopolens, wo wir, wie vorher bereits gesagt, ebenfalls eine Anzahl Zählstellen einrichten wollen. Dort in jenem Gebiete müssen unbedingt neue Organisationen geschaffen werden, da solche dort noch nicht bestehen, denn unter der zaristischen Regierung bestand ja nicht die Möglichkeit, derartige Einrichtungen zu schaffen. Jetzt müssen wir alle dort wohnenden Arbeiterbrüder zur gemeinsamen Gewerkschaftsarbeit heranziehen und uns später auf eigene Füße stellen. Für diese Uebergangszeit haben sich die freien Gewerkschaften Deutschlands bereit erklärt, sämtlichen Lokalangestellten die Gehälter weiterzuzahlen, bis wir dann selbständig geworden sind. Vordringend wird es unsere Aufgabe sein, die einzelnen Gewerkschaftskartelle mehr als sonst heranzuziehen, um durch sie höhere Aufgaben erfüllen zu lassen. Selbstverständlich werden wir bereit sein, den Kartellen mit Rat und Tat zur Seite zu stehen, in welcher Weise sie sofort an die Arbeit zu gehen haben, und müssen die mit dem Zentralverband der Gewerkschaften unterbrochene Verbindung sofort wieder aufnehmen. Auf diese Weise haben wir die Gewissheit, daß alles geschieht, um die Interessen der einzelnen Gewerkschaften voll und ganz zum Durchbruch zu bringen.

Von seiten der deutschen Unternehmer hat man bereits den Moment herbeigesehnt, an welchem die Gewerkschaften von der Zentralleitung abgeschnitten, beim Abtreten der abzugehenden Gebiete in sich zusammenbrechen müssen, weil es ihnen an der nötigen Leitung manuell, und glaubt dann den Moment für gekommen, den Achtstundentag aufzuheben und dafür den Zehnstundentag wieder einzuführen. Nur straffe Einigkeit wird uns helfen. Wenn wir mit unseren Industrieerzeugnissen konkurrenzfähig bleiben wollen, darf sich uns keine Konkurrenz mit niedrigen Löhnen und hoher Arbeitszeit entgegenstellen. Daher auch die Notwendigkeit des Ausbaues unserer Gewerkschaftsbewegung in Kongresspolen. Der deutsche Kapitalist sucht Anschluß bei dem polnischen Kapitalismus und hat ihn zum Teil gefunden. Wir dürfen uns denURNS des Vnderkampfes, wie er sich zurzeit in Deutschland abspielt, nicht leisten und müssen einmütig zusammenstehen. Gewicht zum Kampf gegen den Kapitalismus, nicht aber gegen den Nationalismus. Wir Proletarier gehören zusammen, alles Feindliche muß vermieden werden, dann wird sich auch im dunklen Osten der Gewerkschaftsgedanke freie Bahn schaffen, und wir hoffen, eine bessere Zukunft zu finden."

Nach reichlicher Diskussion wurde dann folgendes Statut angenommen:

Satzungen des Bundes der Zweigvereine (Zählstellen) der freien Gewerkschaften im neuen Staatsgebiet Polen.

Die Arbeiter und Angestellten beiderlei Geschlechts und aller Gewerbezweige bedürfen, um im neuen Staatsgebiet Polen ihre sozialen und wirtschaftlichen Interessen vertreten zu können, ihrer Gewerkschaften. Die Gewerkschaften des ganzen Landes bedürfen des Zusammenschlusses aller Vereine (Zählstellen) zu einem Gewerkschaftsbunde.

§ 1. Der Zweck des Bundes ist ein ständiges Zusammenwirken der im neuen Staatsgebiet Polen gelegenen Zweigvereine aller Zentralverbände der freien Gewerkschaften. Dieser Zweck soll erreicht werden durch: a) Erhaltung der bestehenden Gewerkschaftszählstellen und deren Vereinigung im Bund; b) Förderung der gewerkschaftlichen Agitation und Abgrenzung der Organisations- und Agitationsgebiete; c) Herausgabe eines gemeinsamen Gewerkschaftsorgans; d) Pflege der gegenseitigen Beziehungen zu den freien Gewerkschaften.

§ 2. Zur Mitgliedschaft sind alle Vereine (Zählstellen) zugelassen, welche die Bundesstatung anerkennen.

§ 3. Es ist Pflicht der einzelnen Vereine, soweit dieselben im Bund vereinigt sind, sich gegenseitig zu unterstützen und zusammenzuarbeiten.

§ 4. Die Zählstellen erkennen an, daß die gewerkschaftliche Entwicklung sich in der Richtung des Zusammenchlusses zu einheitlichen leistungsfähigen Organisationen vollziehen muß, mit dem Ziel der Zusammenfassung aller im Gewerkschaftsbund.

§ 5. Der Vorstand des Bundes wird vom Bundeskongress gewählt. Derselbe besteht aus 9 Mitgliedern und hat seinen Sitz in Posen. Der Kongress bestimmt den ersten Vorsitzenden und den Kassierer, die besoldet werden. Weitere Angestellte des Bundes werden durch den Bundesvorstand in Gemeinschaft mit dem Bundesauschuß gewählt.

§ 6. Der Vorstand hat den Bundeskongress und die Sitzungen des Ausschusses einzuberufen und die hierzu nötigen Vorarbeiten zu erledigen. Für die Durchführung der Beschlüsse des Kongresses und Ausschusssitzungen zu sorgen und das Zusammenwirken zwischen Ortsvereinen, Ortsstellen und den übrigen Vertretungen der Arbeiterbewegung herbeizuführen und aufrechtzuerhalten. Er hat ferner die zur Unterbringung von Kämpfen erforderlichen Maßnahmen zu treffen.

§ 7. Im besonderen obliegen dem Vorstand die folgenden Aufgaben: a) die gewerkschaftliche Agitation zu fördern und den Zusammenfluß der Bundesvereine in Ortsstellen zu veranlassen; b) Statistiken, welche gewerkschaftlichen Interessen

dienen, insbesondere solche über Stärke und Leistungen der Bundesvereine, sowie über Streiks und Vorkämpfungen anzunehmen; c) ein Gewerkschaftsblatt sowie sonstige geeignete Schriften für die gewerkschaftliche Agitation und Interessenvertretung herauszugeben; d) Aufklärung über die Bedeutung der Wahlen für die Körperlichkeiten der sozialen Arbeitervertretung und des Arbeiterrechts zu verbreiten; e) die Verwaltung des gesamten Vermögens und die Vertretung des Bundes nach innen und außen zu übernehmen, dem Bundeskongress Rechenschaft über die gesamte Tätigkeit, sowohl über die Massengeschäfte und Vermögensverwaltung, zu geben.

§ 8. Die Bundesvereine (Zählstellen) haben die Pflicht, ihre Massenabrechnungen quartalsweise in dem Umfang und der Weise mit dem Bundeskassierer abzurechnen, wie dieses statuten-gemäß mit den einzelnen Zentralvorständen bisher gebräuchlich ist.

§ 9. Bundesvereine, welche mit ihren Abrechnungen im Rückstand bleiben, haben kein Anrecht auf die Leistungen aus der Bundeskasse. Ferner kann denselben auch das Bundesorgan entzogen werden.

§ 10. Alle sonstigen Einrichtungen und die zu erledigenden Geschäfte werden auf Grund der in Frage kommenden Vereinsstatuten solange fortgesetzt, bis durch Bundesbeschluß etwas anderes bestimmt wird. Derselbe Regelung findet auf die leistenden Unterstützungen der einzelnen Vereine Anwendung.

§ 11. Zur Prüfung der Massengeschäfte wird eine Revisionskommission, bestehend aus 3 Mitgliedern und 3 Stellvertretern, gewählt. Die Wahl erfolgt durch die Ortsverwaltungen der Zählstellen am Sitz des Bundesvorstandes.

§ 12. Zur Welterwählung der Amtstätigkeit des Bundesvorstandes sowie zur Entgegennahme von Beschwerden gegen die Geschäftsführung innerhalb des Bundes besteht ein Ausschuß von 7 Personen. Den Sitz des Ausschusses bestimmt der Bundeskongress. Die Mitglieder des Ausschusses und ebensoviel Stellvertreter werden vom Bundeskongress gewählt, der auch den Vorsitzenden und seinen Stellvertreter bestimmt.

§ 13. Beschwerden an den Bundesauschuß sind binnen 4 Wochen nach Entcheidung der Kommission oder nach Entscheidung des Reichsgerichts bei dem Vorsitzenden des Ausschusses schriftlich anzubringen. Später eingehende Beschwerden bleiben unberücksichtigt.

§ 14. Vorbehaltlich der Verfügung an den Bundeskongress entscheidet der Ausschuß über alle an ihn gelangenden Beschwerden und überweist seine Entscheidung dem Bundesvorstand zur Ausführung. Der Verfügung an den Bundeskongress darf jedoch nur dann stattgegeben werden, wenn sie spätestens sechs Wochen nach Zustellung des Ausschussurteils bei dem Bundesvorstand angemeldet worden ist.

§ 15. Der Ausschuß muß auf dem Bundeskongress amtiert sein.

Als Bundesvorsitzender wurde der Genosse Stöckel, Posenberg, als Vorsitzender des Bundesauschusses der Genosse Leuer, Graudenz, gewählt. Wenn die neue Organisation in Wirklichkeit zu treten hat, wurde nicht bestimmt, vielmehr dem Bundesvorstand anheimgestellt, dann die Tätigkeit aufzunehmen, wenn er es für notwendig erachtet.

Georg Horn 7. Am 18. August starb in Lindenau bei Kößichen-Kroda im fast vollendeten 78. Lebensjahre Georg Horn. Von Beruf Glasmacher, widmete sich Horn der Führung der Glasarbeiter und ihrer sozialer Not. Bereits im Jahre 1873 gründete er den Bund der deutschen Glasarbeiter, und als nach der vergeblichen Suche gegen die deutschen Arbeiter im Jahre 1878 das Sozialistengesetz kam, trat Horn mit ganzer Kraft für die Schaffung der Organisation ein. Nach der Gründung der Organisation behielt Horn die Redaktion des Nachrichtenblattes. Erst im Jahre 1905 legte er die Redaktion nieder, blieb aber bis zu seinem Lebensende ständiger Mitarbeiter des "Nachgehens" und mancher lehrreiche Artikel entnommen seiner Feder. 23 Jahre vertrat Horn den 6. sächsischen Wahlkreis im Reichstag und hat auch als Redner im Parlament besonders auf die schlechten sozialen Verhältnisse der Glasarbeiter hingewiesen. Ein arbeitsreiches Leben ist zum Abschluß gekommen. Freilich von jedem persönlichen Streit galt sein Leben nur den hohen erhabenen Zielen der Arbeiterbewegung. Die deutsche Arbeiterkraft, insbesondere die Dresdener, und die Glasarbeiter im ganzen Reich werden dem "alten Horn" ein dauerndes, ehrenhaftes Gedenken bewahren.

Die 13. Generalversammlung des Textilarbeiterverbandes tagte in der letzten Juliwache in Plauen. Bei Austritt des Krieges zählte der Verband 132.000 Mitglieder, erreichte im 4. Quartal mit 58747 Mitgliedern seinen höchsten Stand. Gegenwärtig zählt er 370.000 Mitglieder. Nach dem Massenbericht waren an Einnahmen 8.195.095,52 Mk. und an Ausgaben 7.126.796,32 Mk. zu verzeichnen, so daß in Hauptkassen und Ortsverwaltungen ein Kassenbestand von 1.359.299,20 Mk. verbleibt. An Unterstützungen in diesem Zeitraum verausgabt: 2.097.551,15 Mk., davon allein für Arbeitslosenunterstützung 1.687.587,88 Mk. Die Unternehmer nahmen die schwierige Lage aus, und fast überall traten Vorkämpfungen zutage. Zu einer Erhebung stellte der Verbandsvorstand bei einer 56-60stündigen Arbeitszeit Löhne von 3 bis 4 Mk. pro Woche fest. Durch Annahme entsprechender Resolutionen lebte der Verbandstag die während des Krieges von den Gewerkschaftsinstanzen gewählte Politik des 4. August ab und erhob scharfen Protest gegen die von einflussreichen Stellen der Regierung und

Unternehmensfreiheit erstrebte freie Wirtschaft in der Textilindustrie". Die Generalversammlung stellte sich einstimmig auf den Standpunkt, daß die Vorlage der Reichsregierung über die Betriebsräte mit viel weitergehenden Rechten ausgestattet werden müsse. Die einstimmig angenommene Resolution verlangt: Kontrollrecht des Unternehmens in allen seinen Zweigen; Mitbestimmungsrecht bei Einstellungen und Entlassungen von Arbeitern; entscheidende Mitwirkung bei Ausübung der Gewerbeaufsicht, bei Ausübung der Betriebskontrolle durch die Berufsgenossenschaften und Mithilfe bei Umwandlung der Berufsgenossenschaften in Selbstverwaltungskörper der Arbeiter. Zur Schulung und Ausbildung der Betriebsratsmitglieder sollen sofort Auszubildungs- und Unterrichtskurse mit staatlicher Unterstützung von der Organisation eingerichtet werden. Das Statut wird einer radikalen Umänderung unterzogen. Der Verband steht auf dem Boden des Klassenkampfes und hat zum Zweck die Vereinfachung des Systems der Lohnarbeit durch Überleitung der privatkapitalistischen betriebenen Produktionsweise in die durch die Gesellschaft betriebene sozialistische Produktion. Die Beiträge werden in Form von Stoffbeiträgen beträchtlich erhöht, ebenso die Unterstützungen ausgebaut. Die Wahl des Vorstandes ergab mit großer Mehrheit die Wiederwahl der alten Mitglieder. Diefel wurden neu hinzugewählt. Als Redakteur des „Textilarbeiters“ wurden bestimmt: die Kollegen Wagner und Treffel, und als internationale Vertrauensleute: Jädel und Hädel. Ferner beschloß der Verband, den Verband der Färber und Chemikarbeiter in sich aufgehen zu lassen; die weiteren Schritte werden dem Verbandsvorstand überlassen.

Rundschau

Bruder, Ich will leben und glücklich sein. Ich will mein Arbeitsrecht und meine wirtschaftliche Freiheit. — Ein so natürlicher Trieb, dieses Selbstrecht, der Trieb, der sich erstreckt durch das ganze Werden der Welt, durch den all das wurde, was ist. In Freiheit soll sich jedes eingeleiten entfalten. Nur wenn die Freiheit blüht, kann Neues werden, Besseres, kann Entwicklung möglich sein. Und gerade darum, weil ich fühle, daß ich nur als Freier bei meiner Arbeit glücklich bin, darum sollst auch du leben und froh sein, Arbeitsbruder. Ich kann nur fühlen in meinem Herzen ein frohes Glückgefühl, wenn auch du glücklich bist. Denn wenn auch die materielle Erziehung die Grundlage des Lebens ist, zum vollen Glück gehört mehr, zum vollen Glück gehört mir, daß ich frohsinnig sehe und bemerkwin, daß ich warm werde in meinem Herzen. Und das ist nur möglich, wenn ich lebe in einer Gemeinschaft froher Brüder. Und darum sollst auch du glücklich sein. Nur der Mensch, der geistig-geistlichen Erlebens bar ist, kann glücklich werden ohne seine Brüder. Wenn das Herz aber froh ist und weit, der hat viel Sonne nötig, soll er glücklich sein. Und je reicher das Herz und je tiefer, um so größer ist das Bedürfnis der Brüderlichkeit. Und weil diese Brüderlichkeit in jeder Einzelheit keine Platz hat im nächtlichen Arbeitssein, darum erkämpfe mit seiner ganzen Persönlichkeit eine Entwicklung der Arbeitswelt, dessen Herz nur gedeiht in der Sonne des Brüderglücks. Es mögen gar viele Mitleid haben und Hilfsbereitschaft und Verständnis: Liebe, wahre, tief im Innern wurzelnde Liebe, Liebe, die das Herz so ganz erfüllt und dennoch immer wieder neu quillt und sprudelt, sie kann nicht anders als überfließen ins Leben, ins praktische Leben und dieses mit Sonnengewalt hinwundern an der neuen Wirtschaftswelt, in der die Liebe froh blühen und wachsen kann. Und darum sind Gewerkschaftler alle, denen die Liebe so groß ist, daß sie erstehen muß eine freie Welt, in der alle bei ihrer Arbeit froh und glücklich sind, du und ich.

Wirkungen des Reichsriedelungsgesetzes. Daß unsere deutsche Zukunft großenteils von einer umfassenden inneren Kolonisation abhängt, ist jetzt wohl allgemein anerkannt. Es besteht die große Gefahr, daß wenigstens vorderhand eine solche umfassende innere Kolonisation an den ganz außergewöhnlich hohen Preisen des erforderlichen Landes scheitert. Es scheint aber, als ob die große Reichsriedelungsverordnung vom 29. Januar d. J., die ja inzwischen zu dem Reichsriedelungsgesetz vom 11. August umgearbeitet worden ist, in dieser Richtung doch schon wohlthätige wirkende Wirkungen ausübt. Ein bemerkenswertes Zeugnis hierfür finden wir in dem Geschäftsbericht, den die mecklenburgische An siedlungsgesellschaft zu Schwerin loben für das Geschäftsjahr 1918 erstattet hat. Es heißt da: „Neuerwerbungen von größeren landwirtschaftlichen Besitzungen für die Zwecke der Ansiedlung waren nicht möglich, da die Güter dauernd im Preise stiegen. Wäre der Erwerb von Siedlungsland auch in Zukunft nur im Wege freihändigen Ankaufs durchführbar, so würde die mecklenburgische An siedlungsgesellschaft ihre Fortw. schießen müssen, denn die Preise für größeren Grundbesitz haben eine Höhe erreicht, die eine wirtschaftliche An siedlungstätigkeit ausschließt. Hier eröffnet nun die am 29. Januar 1919 erlassene Reichsriedelungsverordnung neue Aussichten, und wir können der Hoffnung Raum geben, daß Sied-

lungsland bald zur Genüge vorhanden sein wird, so daß sich unsere Gesellschaft wieder mit regem Eifer und voller Arbeitskraft wid betätigen können. Wohl bilden die derzeitigen hohen Inventarpreise und die gewaltig gestiegenen Baukosten nicht zu unterschätzende Schwierigkeiten. Diese zu überwinden wird in erster Linie von dem Willen des deutschen Volkes abhängen. Sobald dieser vorhanden ist, wird das deutsche Volk An siedlungen und Wohnungen haben.“ Möchten sich diese ausgesprochenen Hoffnungen in vollem Umfang erfüllen.

Wie der Franzose uns sieht. Die Pariser Zeitung „Petit Bourgeois“ schreibt: Außerlich hat Berlin sich nicht verändert. Erst nach einigen Tagen merkt man, daß Leute, die eher kriegerisch als höflich, jervil als gefällig, die pünktlich und genau waren, nunmehr groß, nachlässig und faul geworden sind. Sie haben den Sinn für Respekt, der so tief in ihnen war, verloren und haben den Sinn für gefälligen Umgang nicht erworben. Das disziplinierteste, vielleicht fleißigste Volk Europas sieht plötzlich Ebdnung und Arbeit mit Abscheu an. Die Revolution scheint in Deutschland wie in Rußland Wirkungen hervorgerufen zu haben, die sehr von denen verschieden sind, die sie in Frankreich, Italien oder Spanien hervorbringt haben könnte. Hier kann man den ganzen Abstand, der Völker mit alter Zivilisation von noch barbarischen oder erst kürzlich und oberflächlich kultivierten trennt, beobachten. Der Deutsche weiß nicht, was Freiheit ist. Wo und wie hätte er das auch lernen können? Was er anstrebt, ist Wechsel, und für ihn besteht die Abwehrhaltung in Unordnung, Indisziplin und Müßiggang. Daher die Streiks ohne wirtschaftlichen oder selbst politischen Gegenstand, daher die schlechte Arbeit, die zum Vergnügen geführt wird. Eine allgemein befeidigende Sittenlosigkeit macht sich überall bemerkbar. Am letzten Sonntag beobachtete ich unter den Linden, wie viele Frauen, junge Mädchen und Kinder vor einem Kino in Reihen warteten. Auf dem Plakat stand: „S. 175“, Homoerualitätsfilm. Einige Schritte davon entfernt verkauften zwei Verkäufer eine kleine Zeitung, die von allen Vorübergehenden gekauft wurde. Auf der ersten Seite entzifferte sich der Redakteur im Namen der Hygiene und der Gerechtigkeit über das Schicksal der unglücklichen und unnatürlich Begabten, während seine Annoncen sich an dergleichen Individuen wandten, die die „schweizerische Seele“ entdecken wollten. Der Franzose, der in Berlin ausreist, nachdem er durch die verwühteten Landschaften Nordfrankreichs und Belgiens gekommen ist, empfindet unwillkürlich, wenn er die Hauptstadt des Reiches, welches die Hälfte von Europa unter Feuer und Blut gesetzt hat, zerstört findet, eine Art von Verdruß. Bald bemerkt er aber, daß das Zerstückelwerk sich selbst zerstört hat und daß es keine Strafe unter der Form eines moralischen Verfalls trägt, der schrecklich und dauerhafter ist, als alle physischen Ruinen, welches seine Rut veranlaßt hat.

Im Postkloster. Es erhalten alle die gleichen Rechte und Pflichten, aber keiner erlangt Rechte ohne Pflichten, Genüsse ohne Arbeit. Jeder, ohne Unterschied des Geschlechts — denn auch die volle Gleichheit der Geschlechter ist eine Forderung der Sozialdemokratie — soll nicht nur das Recht, sondern auch die Möglichkeit haben, alle Fähigkeiten, die die Natur ihm gab, entwickeln und ausbilden zu können. Es handelt sich also um die Hebung der Kultur auf die möglichst höchste Höhe. Da aber dieses von dem Maß und der Masse der Lebens- und Kulturmittel abhängt, über die die Gesellschaft verfügt, so entsteht für jeden die Pflicht, in einer seinen Kräften und Fähigkeiten entsprechenden Weise an der Herstellung dieser Lebens- und Kulturmittel mitzuwirken. Damit aber diese Arbeit möglichst ergiebig, in der Zeit kurz und auch angenehm werde, ist die Vervollständigung der Arbeitsträfte und die Organisation des Arbeitsprozesses auf höchster technischer Stufenleiter notwendig. Es handelt sich mithin darum, die Vorteile, die schon gegenwärtig der höchstentwickelte kapitalistische Betrieb, sei es in der Industrie, im Berg- oder Minenbau, in der Forst- oder Landwirtschaft, im Handels- oder Verkehrsweien, erreicht hat, nicht nur beizubehalten, sondern weiter zu entwickeln und auf alle Tätigkeiten anzuwenden, wo diese Vorteile sich anwenden lassen. Ziel der gesamten Gesellschaft muß sein, in ihrer ganzen Tätigkeit mit der geringsten Kraftanstrengung die höchste Leistung zu erreichen.

Die Wiederkehr der Höflichkeit.

Es kommen andre, bessere Zeiten
Im Handel jetzt, behaupt' ich dreist,
Da langvermischter Höflichkeit
Der Kaufmann wieder sich besieht.
Raum daß der Klang der Ladenschelle
Von meinem Eintritt Kunde gibt,
Stürzt er herbei mit Willkommenswelle
Und fragt mich freundlich: „Was besieht?“
Er springt geschäftlich auf und nieder,
Schleppt alle seine Waren her,
Und sagt ich: „Ich komm morgen wieder!“
So lächelt er: „O bitte sehr!“
Er öffnet weit des Ladens Pforte,
Bemerk' er meinen Wunsch, zu gehn,
Und grüßt mich dienend mit dem Worte:
— „Mich sehr gefreut! Auf Wiederkehr!“

M i c h e l

